



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020

Milic, Thomas ; Feller, Alessandro ; Kübler, Daniel

Other titles: Enquête VOTO relative à la votation populaire fédérale du 27 septembre 2020; Studio VOTO relativo alla votazione federale del 27 settembre 2020

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-203133>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Milic, Thomas; Feller, Alessandro; Kübler, Daniel (2020). VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020. Aarau, Lausanne, Luzern: VOTO.



VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020

Thomas Milic, Alessandro Feller und Daniel Kübler
unter Mitarbeit von Anke Tresch, Laurent Bernhard und Lukas Lauener

Aarau, Lausanne, Luzern; November 2020



Die VOTO-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen. VOTO wird von der Schweizerischen Bundeskanzlei finanziert. Die Erhebung und Analysen sind ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungszentrums FORS in Lausanne, des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und des LINK Instituts in Luzern. Zentral für eine wissenschaftliche Befragung ist die vollständige Transparenz. Deshalb sind die Berichte auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf der VOTO-Webseite verfügbar: www.voto.swiss. Die Fragebogen und Rohdaten sind für wissenschaftliche Zwecke frei zugänglich durch das FORS Datenarchiv forsbase.unil.ch.

VOTO Projektverantwortung

Prof. Dr. Georg Lutz, Direktor FORS (georg.lutz@fors.unil.ch)

Prof. Dr. Daniel Kübler, Direktionsmitglied ZDA (daniel.kuebler@zda.uzh.ch)

Prof. Dr. Anke Tresch, FORS (ankedaniela.tresch@fors.unil.ch)

Dr. Thomas Milic, ZDA (thomas.milic@zda.uzh.ch)

PD Dr. Oliver Lipps, FORS (oliver.lipps@fors.unil.ch)

Dr. Laurent Bernhard, FORS (laurent.bernhard@fors.unil.ch)

Laura Scaperrotta, FORS (laura.scaperrotta@fors.unil.ch)

Lukas Lauener, FORS (lukas.lauener@fors.unil.ch)

Sabine Frenzel, LINK (sabine.frenzel@link.ch)

Elena Nitsche, LINK (elena.nitsche@link.ch)

Matthias Winzer, LINK (matthias.winzer@link.ch)

Autoren dieser Studie

Thomas Milic, Alessandro Feller und Daniel Kübler, Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)
unter Mitarbeit von Anke Tresch, Laurent Bernhard und Lukas Lauener, FORS

Kontakt

VOTO, c/o FORS, Géopolis, 1015 Lausanne

Tel. 021 692 37 30

www.voto.swiss

info@voto.swiss

Übersetzung

Dominique Balmer (F), Francesco Papini (I)

Zitierweise dieses Berichtes

Thomas Milic, Alessandro Feller und Daniel Kübler (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern.

Inhaltsverzeichnis

1. Die wichtigsten Ergebnisse	5
2. Die Beteiligung	9
3. Die Meinungsbildung.....	12
<i>Die Bedeutung der Vorlagen</i>	<i>12</i>
<i>Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt</i>	<i>13</i>
<i>Die Informiertheit.....</i>	<i>14</i>
<i>Die Informationsgewinnung.....</i>	<i>15</i>
4. Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»	16
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>16</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>16</i>
<i>Die Motive.....</i>	<i>19</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>22</i>
5. Änderung des Jagdgesetzes	24
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>24</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>24</i>
<i>Die Motive</i>	<i>27</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>30</i>
6. Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer	31
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>31</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>31</i>
<i>Die Motive</i>	<i>33</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>35</i>
7. Änderung des Erwerbsersatzgesetzes	38
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>38</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>38</i>
<i>Die Motive</i>	<i>41</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>43</i>
8. Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge	46
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>46</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>46</i>
<i>Die Motive</i>	<i>49</i>

<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>53</i>
Anhang.....	56
<i>Die Datenerhebung</i>	<i>56</i>
<i>Zur Struktur der Stichprobe</i>	<i>57</i>
<i>Zur Gewichtung.....</i>	<i>57</i>
<i>Zur Inferenz</i>	<i>57</i>
<i>Tabellen.....</i>	<i>58</i>

1. Die wichtigsten Ergebnisse

SVP-Anhängerschaft stand bei der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative alleine auf weiter Flur

Bei der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative stand die SVP alleine auf weiter Flur. Es gelang ihr nicht, ausserhalb der eigenen Anhängerschaft Mehrheiten zu gewinnen. Die Kosten von 6 Mia. CHF und Zweifel an der Notwendigkeit einer hoch gerüsteten Luftwaffe machten das Rennen um die Beschaffung der Kampffjets spannend. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1513 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020. Die Studie wurde vom Zentrum für Demokratie Aarau, von FORS und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Begrenzungsinitiative: SVP-Anhängerschaft alleine auf weiter Flur

Die Begrenzungsinitiative scheiterte im Wesentlichen daran, dass es der SVP kaum gelang, ausserhalb der eigenen Anhängerschaft Stimmen zu gewinnen. Die Sympathisierenden der SP, Grünen und GLP verwarfen das Begehren mit Nein-Stimmenanteilen von über 85 Prozent wuchtig. Auch bei den Gefolgschaften der CVP und FDP verpasste das Begehren eine Mehrheit deutlich (33% bzw. 28% Zustimmung). Die Parteungebundenen brachten der Vorlage zwar mehr Sympathien entgegen, waren aber unentschlossen (52% Nein).

Abgelehnt wurde die Initiative vor allem, weil es in den Augen der Nein-Stimmenden die bilateralen Beziehungen zur EU gefährdete. Zudem befürchteten viele Nein-Stimmenden einen gravierenden wirtschaftlichen Schaden, sollte das Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt werden. Diese beiden Motive gaben vor allem bei den bürgerlichen Anhängerschaften den Ausschlag, die sich zwar prinzipiell eine eigenständige Zuwanderungssteuerung wünschen, aber nicht um den Preis eines Bruchs mit der Europäischen Union.

Jagdgesetz: Der Wolf erhitzt die Schweizer Gemüter

Ausschlaggebend für den Entscheid zum Jagdgesetz war zunächst der Umstand, ob man in einer Region lebt, wo der Wolf heimisch ist. Überraschenderweise spielte auch die politische Haltung eine wichtige Rolle für den Entscheid: Linksaussen betrug der Nein-Stimmenanteil zum Jagdgesetz 93 Prozent, während die Revision im rechten Lager mit Ja-Stimmenanteilen von deutlich über 60 Prozent gutgeheissen wurde. Die politische Haltung war in den Alpenkantonen, wo die Wolfsrudel auch beheimatet sind, nur von sekundärer Bedeutung, spielte aber eine umso stärkere Rolle in den urbanen Zentren. In Bezug auf die Entscheidungsmotive spielten Emotionen eine bedeutsame Rolle. Dabei führten die Nein-Stimmenden das Existenzrecht des Wolfes ins Feld, während auf der befürwortenden Seite auf die Gefahr hingewiesen wurde, die nicht nur für Mensch, sondern auch für andere Tiere vom Wolf ausging. Die Ja-Stimmenden sahen in der Ablehnung des Jagdgesetzes überdies eine Bevormundung der alpinen Bergregionen durch die bevölkerungsstarken Mittellandskantone. Ausschlaggebend für das knappe Nein war indessen das Argument, wonach neu auch Tiere hätten getötet werden dürfen, die bisher noch keinen Schaden angerichtet haben. Das ging nicht bloss den Nein-Stimmenden zu weit, auch einer grossen Minderheit der Ja-Stimmenden behagte dies nicht.

Steuerliche Kinderabzüge: Kein Steuergeschenk für Reiche

Die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer scheiterte daran, dass es von weiten Teilen der Stimmenden als Steuergeschenk für Vermögende betrachtet wurde. Kein anderes Nein-Motiv wurde auch nur annähernd so häufig genannt wie jenes, dass die Kinderabzüge nur den Reichen nützen würden. Auch deshalb vermochte die Revision bei keiner der sechs grossen Parteienhängerschaften eine Mehrheit zu erzielen. Im linken Lager war die Vorlage chancenlos, aber auch die Anhängerschaften der bürgerlichen Parteien, die sich für die Vorlage ausgesprochen hatten, konnten sich für die Steuerabzüge nicht mehrheitlich erwärmen.

Vaterschaftsurlaub: Gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten für Frau und Mann

Im linken Lager war der Vaterschaftsurlaub unumstritten. Etwa neun von zehn Stimmenden, die sich dem linken Lager zugehörig fühlen, unterstützten die Einführung einer zweiwöchigen «Papizeit». Dazu passt auch, dass nicht wenige von ihnen bei der Begründung ihres Votums auf eine inhaltliche Rechtfertigung verzichteten und stattdessen antworteten, die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs sei schlicht überfällig gewesen. Die Anhängerschaften von CVP und FDP waren ihrerseits gespalten: Rund die Hälfte der FDP- und etwas mehr als 50 Prozent der CVP-Sympathisierenden nahmen den Vaterschaftsurlaub an. Die parteiungebundenen Stimmenden sprachen sich ebenfalls in ihrer Mehrheit für die Vorlage aus. Einzig bei den SVP-Sympathisierenden hatte der Vaterschaftsurlaub einen schweren Stand: 78 Prozent von ihnen verwarfen ihn.

Bemerkenswert ist zudem der Umstand, dass junge Frauen die Vorlage gar noch deutlicher annahmen als junge Männer. Aus den Motivnennungen geht indessen auch hervor, dass mit der Einführung des Vaterschaftsurlaubs nicht bloss gleiche Rechte, sondern oft auch gleiche Pflichten von Frau und Mann verknüpft wurden.

Beschaffung Kampffjets: Abermals ein Grundsatzentscheid

Die Beschaffung von Kampffjets nahmen Männer, ältere Stimmende und bildungsferne Schichten mehrheitlich an, während sie Frauen, jüngere Stimmende und bildungsnahe Schichten mehrheitlich verwarfen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen waren aber meist gering: so nahmen Männer den Planungsbeschluss mit einer knappen Mehrheit von 55 Prozent an. Wie schon bei früheren Armeevorlagen zog sich ein tiefer Graben zwischen links und rechts: Links wurde die Beschaffung der Kampffjets wuchtig abgelehnt, rechts hingegen deutlich angenommen. Stimmende, die sich der politischen Mitte zuordnen, hiessen die Vorlage mit 60 Prozent Ja-Stimmenanteil gut.

Eine grosse Zahl der Ja-Stimmenden steht grundsätzlich hinter der Armee oder hält sie zwecks Wahrung von Sicherheit, Neutralität und Unabhängigkeit für unverzichtbar. 7 Prozent überzeugte indessen der Umstand, dass die 6 Mia. CHF aus dem ordentlichen Armeebudget stammen. Das Motiv wurde vergleichsweise oft von GLP-Sympathisierenden vorgebracht, was angesichts des knappen Ergebnisses von Bedeutung für den Abstimmungsausgang war. Ausserdem begründeten rund fünf Prozent der Ja-Stimmenden ihren Entscheid primär mit der Empfehlung des Bundesrats und anderen Akteuren, wobei VBS-Vorsteherin Viola Amherd im Vordergrund stand.

Für eine beträchtliche Zahl der Nein-Stimmenden war das vorgelegte Rüstungsprojekt zu teuer. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Pandemiesituation im Kanton Tessin von 13 Prozent der Nein-Stimmenden als Hauptgrund für ihr Nein-Votum genannt wurde. Wenn es also einen «COVID 19-Effekt» gab, dann am ehesten im Kanton Tessin, wo die Kampffjetvorlage knapp abgelehnt wurde. Sodann zweifelten viele Nein-Stimmende an der Notwendigkeit einer hochgerüsteten Luftwaffe, sei es, weil die Gefahrenlage sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert habe oder sei es, weil sie einem kleinen Land wie der Schweiz nicht angepasst sei. Die Analyse der Hauptargumente zeigt, dass es sich bei dieser Vorlage vornehmlich um eine Abstimmung für oder gegen die Armee handelte.

Beteiligung: Links-grün, hohe Bildung und urban

Am eidgenössischen Urnengang vom 27. September 2020 nahmen die Stimmberechtigten aus dem links-grünen Lager, jene mit hoher Bildung und hohem Einkommen sowie jene aus den urbanen Zentren in erhöhtem Masse teil. Die starke Mobilisierung dieser Bevölkerungssegmente wirkte sich auf die Abstimmungsergebnisse aus.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 27. September 2020 hatte das Schweizer Stimmvolk über fünf Vorlagen zu befinden: Die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung», die Änderung des Jagdgesetzes, die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer, die Änderung des Erwerbsersatzgesetzes und die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Volksinitiative wurde abgelehnt ebenso wie das Jagdgesetz und die Erhöhung der steuerlichen Kinderabzüge. Die Beschaffung der Kampfflugzeuge und der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub wurden indessen gutgeheissen.

Die VOTO-Studie

Die VOTO-Studien sind ein gemeinsames Projekt von FORS, dem ZDA und dem Befragungsinstitut LINK. Finanziert wird VOTO von der Schweizerischen Bundeskanzlei. VOTO wird seit Herbst 2016 anstelle der VOX-Analysen vom Bund in Auftrag gegeben.

Für diese Studie wurden zwischen dem 29.09.2020 und dem 13.10.2020 1513 Stimmberechtigte per Telefoninterview befragt. 826 Interviews wurden in der Deutschschweiz, 390 in der Romandie und 297 in der italienischsprachigen Schweiz geführt. Alle Befragten wurden zufällig aus dem Stichprobenregister des Bundesamtes für Statistik ausgewählt. Die Befragung dauerte im Durchschnitt 31.8 Minuten.

Die Frageformulierungen, die Erhebungen sowie die Datenanalyse liegen in der alleinigen Verantwortung von VOTO und sie folgen ausschliesslich wissenschaftlichen Kriterien. Befragungen unterliegen einem Stichprobefehler. Dieser variiert in Abhängigkeit von der Anzahl und Verteilung der Befragten.

2. Die Beteiligung

Am 27. September 2020 gelangten auf eidgenössischer Ebene fünf Vorlagen zur Abstimmung: Die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative), die Änderung des Jagdgesetzes, die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Kinderabzüge), die Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (Vaterschaftsurlaub) und die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Stimmbeteiligung betrug¹ hohe 59.5 Prozent.² Seit der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 wurde nur einmal – am 28. Februar 2016 (u.a. Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative) – eine noch höhere Partizipation erzielt. Kurz, die Themen des Urnenganges vom 27. September 2020 mobilisierten ungewöhnlich stark.

Die Tabelle 2-1 stellt die Höhe der Stimmbeteiligung nach einer Reihe von ausgewählten soziodemographischen Merkmalen dar. Das Alter hatte wie üblich einen erheblichen Einfluss auf die Teilnahme: Ältere Stimmberechtigte beteiligten sich markant öfter als jüngere Stimmberechtigte am Urnengang. Aber auch wenn sie sich weniger fleissig beteiligten als die Seniorinnen und Senioren, so lag die Teilnahmequote der Jungen (18-29-Jährige) bei ungewöhnlich hohen 45 Prozent. Mit anderen Worten, alle Altersklassen beteiligten sich häufiger als gewöhnlich. Sodann setzte sich der Stimmkörper überproportional stark aus gut Gebildeten und gut Verdienenden zusammen.

Tabelle 2-1: Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stich- probenfehler
Total	59.5	1513	
Alter			V = 0.24***
18-29 Jahre	45	184	+/-7.2
30-39 Jahre	52	125	+/-8.8
40-49 Jahre	52	204	+/-6.9
50-59 Jahre	59	310	+/-5.5
60-69 Jahre	73	292	+/-5.1
70 Jahre und älter	77	398	+/-4.1
Äquivalenzeinkommen			V = 0.21***
1. Quartil (bis 3500 CHF)	46	349	+/-5.2
2. Quartil (3501-4750 CHF)	55	297	+/-5.7
3. Quartil (4751-6749 CHF)	68	322	+/-5.1
4. Quartil (>6749 CHF)	71	318	+/-5.0
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.26***
Ohne nachobligatorische Bildung	34	152	+/-7.5
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	55	621	+/-3.9
Maturität/höhere Berufsbildung	63	335	+/-5.2
Fachhochschule/Uni/ETH	76	402	+/-4.2

¹ Das Bundesamt für Statistik (BFS) weist für den Zeitraum zwischen 2011-2018 eine durchschnittliche Stimmbeteiligung von 45.9 Prozent aus.

² Diese Beteiligungsquote wurde vom Bundesamt für Statistik für die Begrenzungsinitiative ausgewiesen. Die Partizipationsraten der anderen vier Vorlagen liegen darunter. Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/jahr-2020.html>.

Erwerbsstatus		V = 0.30***	
Selbständig	55	121	+/-8.9
Angestellt	59	648	+/-3.8
Andere Erwerbspersonen	22	72	+/-9.6
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	73	72	+/-10.3
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	78	500	+/-3.6
Hausfrau/Hausmann	39	70	+/-11.4
Andere Nicht-Erwerbspersonen	52	28	+/-18.5

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe, für die das Konfidenzintervall (Konfidenzniveau = 95%) auch ermittelt wurde. Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei (zumeist) kategorialen Variablen zu überprüfen, wurde jeweils Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. *** steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille ($Pr < .001$), ** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent ($Pr < .01$) und * für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent ($Pr < .05$). Um die Stärke des bivariaten Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmass Cramér's V ausgewiesen (auf der Basis der gewichteten Werte). Cramér's V hat einen Wertebereich zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang).

Wie Tabelle 2-2 zeigt, war die Stimmbeteiligung ebenfalls stark vom politischen Interesse abhängig. Weiter ist es dem linken Lager besser gelungen, seine Anhängerschaft zu mobilisieren als dem rechten Lager und der Mitte. Wer sich linksausser einstufte³, nahm mit einer sehr grossen Wahrscheinlichkeit teil (86%). Die Partizipation im gemässigt linken Lager⁴ betrug ebenfalls bemerkenswert hohe 70 Prozent. Das Mitte-Lager (Teilnahmequote: 51%) und ebenso das rechte Lager (65 bzw. 70%) bekundeten hingegen etwas mehr Mühe, ihre Gefolgschaften an die Urnen zu bewegen. Von den Parteien fiel es vor allem der SVP schwer, ihre Sympathisierenden zur Stimmabgabe zu motivieren. Nur etwas mehr als die Hälfte (54%) beteiligte sich am Urnengang – und dies obwohl über eine eigene Volksinitiative (Begrenzungsinitiative) abgestimmt wurde. Angesichts der Tatsache, dass die Begrenzungsinitiative die «Zugpferdvorlage» des Abstimmungswochenendes war,⁵ lässt sich gar festhalten, dass das SVP-Begleichen die Gegnerschaft stärker mobilisierte als die Initiativbefürworterschaft. Auch den Mobilisierungsbemühungen der FDP war nur bedingt Erfolg beschieden: Etwa sechs von zehn FDP-Sympathisierenden (64%) nahmen teil. Deutlich höher war die Beteiligungsbereitschaft hingegen bei den Grünen (71%), der SP (76%) und der GLP (86%). Kurz, der erste eidgenössische Urnengang nach der ersten Coronavirus-Welle wurde von links-grünen Stimmberechtigten mit hoher Bildung und hohem Einkommen aus den urbanen Zentren dominiert. Diese ungleiche Mobilisierung wirkte sich auch auf die Abstimmungsergebnisse aus.

Tabelle 2-2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramér's V/ Stich- probenfehler
Total	59.5	1513	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.22***
Linksaussen (0-2)	86	125	+/-6.1
Links (3,4)	70	284	+/-5.3
Mitte (5)	51	530	+/-4.3
Rechts (6,7)	65	297	+/-5.4
Rechtsausser (8-10)	70	155	+/-7.2

³ Werte 0-2 auf einer Links-Rechts-Skala, die von 0 (linksaussen) bis 10 (rechtsausser) reicht.

⁴ Werte 3-4 auf einer Links-Rechts-Skala, die von 0 (linksaussen) bis 10 (rechtsausser) reicht.

⁵ Von allen fünf Vorlagen wies die Begrenzungsinitiative die höchste Stimmbeteiligung auf (59.5%) und war deshalb wohl jene Vorlage, welche die Stimmberechtigten am ehesten zur Urne trieb (vgl. auch Bedeutungszumessung in Kapitel 3).

Parteisympathie			V = 0.32***
FDP	64	246	+/-6.0
CVP	70	143	+/-7.5
SP	76	222	+/-5.6
SVP	54	193	+/-7.0
GLP	86	108	+/-6.5
Grüne	71	134	+/-7.7
andere Partei	73	67	+/-10.6
keine	40	400	+/-4.8
Politisches Interesse			V = 0.48***
sehr interessiert	85	330	+/-3.9
eher interessiert	73	791	+/-3.1
eher nicht interessiert	31	310	+/-5.1
überhaupt nicht interessiert	17	79	+/-8.3

Obwohl die Stimmbeteiligung ausserordentlich hoch war, blieben nach wie vor rund vier von zehn Stimmberechtigten der Urne fern. Warum? Im Rahmen der VOTO-Nachbefragungen werden den Nicht-Teilnehmenden zwecks Beantwortung dieser Frage acht Aussagen vorgelesen, die sie jeweils als zutreffend oder unzutreffend bezeichnen können. Die Tabelle 2-3 liefert einen Überblick über die Gründe der Stimmbeteiligung. Als häufigste Rechtfertigung für das Fernbleiben von der Urne wurden wie gewohnt die Gründe «Verhinderung» und «Vergessen» angegeben (je 36% der Nicht-Teilnehmenden). Sodann gaben jedoch aussergewöhnlich viele Nicht-Teilnehmende an (30%), es käme ohnehin nicht auf (ihre) einzelne Stimme darauf an. Ein Viertel sah gemäss eigenen Aussagen deshalb davon ab, sich zu den Abstimmungsthemen zu äussern, weil sie der Ansicht waren, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern würden. Diese beiden Abstinenzgründe werden in der Regel seltener genannt als beispielsweise das Desinteresse an den Themen oder die Überforderung durch die Vorlagenmaterie. Am 27. September 2020 verhielt es sich somit anders. Kurz, wer ein gewisses Interesse an politischen Themen bekundet, nahm mit hoher Wahrscheinlichkeit teil und auch die Vorlagenthemen schreckten nur wenige von der Teilnahme ab, so dass am Ende primär jene den Urnen fernblieben, die ganz *grundsätzliche* Bedenken zum Nutzen direktdemokratischer Entscheide haben.

Tabelle 2-3: Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)
Verhinderung (Ferien, Krankheit, etc.)	36
Vergessen abzustimmen	36
Es kommt auf meine einzelne Stimme nicht an	30
Abstimmungen ändern ohnehin nichts	25
Das Abstimmungsergebnis war ohnehin klar	22
Entscheidungsunsicherheit	21
Desinteresse an Abstimmungsthemen	21
Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	18

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 252. Die Anteile wurden am Total aller materiell Antwortenden errechnet (exkl. weiss nicht/k.A.). Mehrfachnennungen waren möglich.

3. Die Meinungsbildung

Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben. Dabei gelangte eine Skala von 0 («überhaupt nicht wichtig») bis 10 («sehr wichtig») zur Anwendung. Der Begrenzungsinitiative wurde der höchste Durchschnittswert (7.8) aller fünf Vorlagen zugewiesen. Tatsächlich wurde keiner Vorlage seit Beginn der VOTO-Erhebungen (Herbst 2016) ein höherer Bedeutungswert beigemessen. Der Kauf der Kampffjets war in den Augen der Teilnehmenden die zweitwichtigste Vorlage (7.0), gefolgt vom Vaterschaftsurlaub (6.8). Im Schatten dieser drei Vorlagen standen das Jagdgesetz (6.2) und die Kinderabzüge (5.9), die von den Teilnehmenden als unterdurchschnittlich wichtig betrachtet wurden.⁶

Tabelle 3-1: Persönliche Bedeutung der Vorlagen (Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der materiell Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Begrenzungsinitiative	Jagdgesetz	Kinderabzüge	Vaterschaftsurlaub	Kampfflugzeuge
sehr gering (0-1)	3	5	5	5	4
gering (2-4)	5	18	19	14	9
mittel (5)	6	17	22	13	14
hoch (6-8)	45	41	42	38	42
sehr hoch (9-10)	42	19	13	30	30
Total	100	100	100	100	100
Arith. Mittelwert (n)	7.8 (1159)	6.2 (1179)	5.9 (1074)	6.8 (1209)	7.0 (1209)

Bemerkungen: Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Begrenzungsinitiative wurde im Prinzip von allen Merkmalsgruppen als sehr bedeutsam eingestuft. Als besonders wichtig erachteten sie indessen Stimmende, die sich an den Polen der Links-Rechts-Dimension verorten.⁷ Dem Jagdgesetz massen vor allem Stimmende aus ländlichen Regionen und aus Bergkantonen wie Graubünden, Wallis und Uri eine vergleichsweise hohe persönliche Bedeutung zu. Bei der Bedeutungszumessung der Kinderabzüge spielte die persönliche Betroffenheit eine Rolle: Befragte mit Kindern im Haushalt und einem Äquivalenzeinkommen zwischen 3501 und 4750 CHF sahen sich durch die Vorlage eher betroffen (6.5) als Befragte ohne Kinder im Haushalt (5.8). Der Vaterschaftsurlaub wiederum war Frauen (7.2) bemerkenswerterweise ein wichtigeres Anliegen als Männern (6.5). Dieser Befund gilt zudem auch dann, wenn wir bloss die Gruppe der 18-29-Jährigen betrachten, also jene Gruppe, die mutmasslich am ehesten in den Genuss eines Vaterschaftsurlaubs kommen wird: Junge Frauen massen der Vorlage eine höhere Bedeutung (8.4) zu als junge Männer (7.5). Zudem gab es sprachregionale Differenzen: In der Deutschschweiz (6.6) wurde die Vorlage für weniger bedeutsam erachtet als in der Romandie (7.3). Zuletzt hing die Beurteilung der Wichtigkeit des Vaterschaftsurlaubs offensichtlich auch von der ideologischen Haltung ab: Für Stimmende, die sich am linken Pol des ideologischen Spektrums einordnen, handelte es sich dabei um die zweitwichtigste Vorlage (8.2) des Abstimmungssonntags, nur etwas weniger bedeutsam als die Begrenzungsinitiative (8.5). Rechtsausen hingegen erachtete man den Vaterschaftsurlaub als eine weniger wichtige Angelegenheit (6.0). Bei den Kampffjets massen ältere Stimmende (70 Jahre und älter) der Vorlage eine höhere Bedeutung bei (7.6) als die jüngsten Stimmenden (18-29-Jährige: 6.4).

⁶ Im Schnitt erzielten die Vorlagen, die seit Herbst 2016 vorgelegt wurden, einen Bedeutungswert von 6.6.

⁷ Linksausen: 8.5; Rechtsausen: 8.3.

Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Partizipierenden wurden des Weiteren zu allen Vorlagen gefragt, ob ihnen die Meinungsbildung eher leicht oder eher schwerfiel. In der Tabelle 3-2 findet sich eine Übersicht über die Antworten zur Verständnisschwierigkeitsfrage. Worum es beim Vaterschaftsurlaub ging, verstanden die allermeisten (Anteil «eher leicht»: 94%). Kaum Mühe bereiteten ausserdem die Begrenzungsinitiative (83%) und der Kauf der Kampfflugzeuge (86%). Das Jagdgesetz (68%) und die Kinderabzüge (64%) wurden indessen als überdurchschnittlich komplex wahrgenommen.⁸

Tabelle 3-2: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Begrenzungsinitiative	Jagdgesetz	Kinderabzüge	Vaterschaftsurlaub	Kampfflugzeuge
eher leicht	83	68	64	94	86
eher schwer	17	31	35	6	13
keine Angabe, weiss nicht	<1	<1	1	<1	1

Bemerkungen: Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen. Anzahl Teilnehmende = 1261.

Der Entscheid zur Begrenzungsinitiative stand für das Gros der Stimmenden (71%) schon von Beginn weg fest. Etwas höher war dieser Anteil seit Beginn der VOTO-Studien im Herbst 2016 nur bei der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung (74%). Dieser Befund bestätigt abermals die These, wonach ausländerpolitische Entscheide auf der Basis tief verwurzelter und demzufolge kaum veränderlicher Haltungen gefällt werden. Beim Vaterschaftsurlaub gaben rund zwei Drittel (65%) aller Stimmenden an, sie hätten von Beginn weg gewusst, wie sie stimmen würden, während dieser Anteil bei den Kampffjets bei 60 Prozent liegt. Beide Werte liegen deutlich über dem VOTO-Durchschnittswert von 48 Prozent. Etwas offener war das Rennen beim Jagdgesetz und den Kinderabzügen: Eine Mehrheit der Stimmenden fasste den Stimmentschluss während des Abstimmungskampfes (35 bzw. 42%) oder gar erst im letzten Moment (je 23%).

Tabelle 3-3: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Begrenzungsinitiative	Jagdgesetz	Kinderabzüge	Vaterschaftsurlaub	Kampfflugzeuge
von Anfang an klar	71	42	35	65	60
während Abstimmungskampf	18	35	42	24	25
im letzten Moment	11	23	23	11	15
Total (n)	100 (1163)	100 (1183)	100 (1078)	100 (1212)	100 (1216)

Gewichtete Resultate. Weiss nicht-Antworten (max. 1%) wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

⁸ Der durchschnittliche Anteil jener Stimmenden, die eine Vorlage als «eher leicht» verständlich einstufen, beträgt seit Herbst 2016 rund 69 Prozent.

Die Informiertheit

Um den Grad an vorlagenspezifischer Informiertheit zu messen, wurde im Rahmen der VOTO-Analysen ein Index entwickelt, der die Kenntnisse der Stimmenden erfasst. Dieser Index der vorlagenspezifischen Informiertheit setzt sich aus der Frage nach den Abstimmungsthemen und der Motivfrage zusammen und wird wie folgt konstruiert: Wer das Abstimmungsthema zu nennen vermag, erhält einen Punkt. Wer bei der Frage nach dem Motiv keine substantielle Angabe macht (*weiss nicht, keine Antwort* und „*nicht verstanden/zu kompliziert*“) erhält 0 Punkte. Wer ein allgemeines, nicht-inhaltsbezogenes Motiv oder Empfehlungen angibt, erhält 1 Punkt. Wer ein inhaltliches Motiv angibt – unabhängig von der Differenziertheit der Ausführungen – erhält 2 Punkte. Insgesamt sind somit maximal 3 Punkte möglich.

Wie der Tabelle 3-4 entnommen werden kann, waren die Teilnehmenden über die Beschaffung der Kampfflugzeuge und den Vaterschaftsurlaub am besten informiert (2.7). Die beiden Vorlagen wiesen auch eine vergleichsweise geringe materielle Komplexität auf. Danach folgt die Begrenzungsinitiative (2.5), das Jagdgesetz (2.4) und sodann folgen die Kinderabzüge an letzter Stelle (2.3).

Tabelle 3-4: Informiertheit (Anteile in % der Stimmenden)

Informiertheitsniveau	Begrenzungsinitiative	Jagdgesetz	Kinderabzüge	Vaterschaftsurlaub	Kampfflugzeuge
0 Punkte: uninformiert	2	3	4	1	1
1 Punkt	8	9	9	3	3
2 Punkte	28	31	35	23	23
3 Punkte: informiert	62	57	51	73	74
Total	100	100	100	100	100
Arith. Mittelwert (n)	2.5 (1163)	2.4 (1184)	2.3 (1080)	2.7 (1213)	2.7 (1216)

Bemerkungen: Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Informationsgewinnung

Die Tabelle 3-5 liefert Aufschluss über die Nutzung und die Nutzungsintensität von Informationsquellen. Dabei beschränken sich die Angaben auf jene Befragten, die am Urnengang teilgenommen haben. Von herausragender Bedeutung erwiesen sich zum wiederholten Male die Lektüre von Zeitungsartikeln und des sogenannten Bundesbüchleins («Erläuterungen des Bundesrates»). Etwa neun von zehn Stimmenten gaben an, diese beiden Informationsquellen verwendet zu haben. Rege genutzt wurden auch Abstimmungssendungen am Fernsehen und News-Seiten im Internet.

Tabelle 3-5: Mediennutzung (in % der Stimmenden, n = 1133-1162)

Informationsquelle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität
Bundesbüchlein	91	6.9
Artikel in Zeitungen	88	6.4
Abstimmungssendungen am Fernsehen	81	6.2
News-Seiten im Internet	69	5.4
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	66	4.6
Abstimmungssendungen am Radio	64	5.1
Strassenplakate	64	3.6
Abstimmungszeitungen oder Flyers	63	4.4
Inserate in Zeitungen	61	3.9
Meinungsumfragen	61	4.4
Mitteilungen am Arbeitsplatz	39	4.4
Filme und Videoclips im Internet	38	4.2
Soziale Medien wie Facebook oder Twitter	36	4.3

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweilige Informationsquelle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt.

4. Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Die Ausgangslage

Am 9. Februar 2014 wurde die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) zur Überraschung vieler hauchdünn angenommen. Als Reaktion auf die aus ihrer Sicht mangelhaften Umsetzung der MEI durch Regierung und Parlament lancierten die SVP und die AUNS darauffolgend die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (nachfolgend kurz: Begrenzungsinitiative). Das Begehren verlangte die eigenständige Regelung der Zuwanderung in die Schweiz. Im Speziellen wollte die Initiative die Personenfreizügigkeit mit der EU (kurz: PFZ) beenden. Die im Initiativtext formulierte Übergangsbestimmung sah diesbezüglich vor, dass das PFZ-Abkommen, wenn möglich innerhalb von 12 Monaten einvernehmlich mit der EU ausser Kraft gesetzt wird. Sollte dies nicht möglich sein, so verlangte die Übergangsbestimmung, dass das Abkommen innerhalb von 30 weiteren Tagen einseitig gekündigt werde.

Der Bundesrat, beide eidgenössischen Räte, die Mehrzahl der Parteien (insb. SP, GPS, GLP, CVP, FDP, BDP) sowie die meisten wirtschaftlichen Interessenverbände (u.a. Economiesuisse, SGB, TravailSuisse, Gastrosuisse, Swissmem) empfahlen die Vorlage zur Ablehnung. Die Gründe waren mannigfaltig, bezogen sich aber meist auf die «Guillotine-Klausel»⁹ und die daraus entstehenden wirtschaftlichen Folgen für die Schweiz. SVP und EDU hingegen unterstützten das Begehren.

Ursprünglich hätte das Volk am 17. Mai 2020 über das Begehren befinden sollen. Wegen der Pandemiesituation wurde die Abstimmung indessen auf den 27. September 2020 verlegt. Der Abstimmungskampf verlief zwar durchaus animiert, aber nicht derart intensiv wie frühere Abstimmungskämpfe zu ähnlichen Sachfragen. Das Volksmehr verpasste die Initiative letztlich deutlich: 61.7 Prozent der Stimmentenden legten ein Nein ein. Auch das Ständemehr wurde nicht erreicht: Bloss vier Kantone (3.5 Stände) hiessen das Begehren mehrheitlich gut.

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Der Entscheid zur Begrenzungsinitiative war mit gewissen sozialen Merkmalen verknüpft. Ältere Stimmentende hiessen das Volksbegehren eher gut als jüngere. Gar eine Mehrheit fand die Initiative bei den wenig Verdienenden: 57 Prozent der Stimmentenden mit einem Äquivalenzeinkommen von bis zu 3'500 CHF legten ein Ja in die Urnen. Wer hingegen dem obersten Einkommensquartil angehört, stimmte überdurchschnittlich häufig (76%) gegen das Begehren. Ein ähnliches Bild präsentiert sich, wenn der Entscheid nach formaler Schulbildung aufgeschlüsselt wird. Bildungsferne Schichten nahmen die Initiative knapp an (52%), während Universitätsabgängerinnen und -abgänger sie hochkant ablehnten (Anteil Nein: 80%). Dieses Muster pflanzt sich in Merkmalen, die mit dem Einkommen und der Bildung eng verzahnt sind, fort: Stimmentende mit Direktionsfunktion beispielsweise verwarfen das Begehren beinahe unisono (85%), während Selbständige ohne Angestellte es mehrheitlich annahmen (57%). Sodann nahmen Stimmentende, die ihr persönliches wirtschaftliches Einkommen für knapp oder nicht ausreichend bezeichneten, die Vorlage mehrheitlich an (54%), während solche, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als komfortabel betrachteten, sie grossmehrheitlich verwarfen (66%). Kurz, während die Begrenzungsinitiative in den tiefen Einkommensklassen und bildungsfernen Schichten auf gewisse Sympathien stiess, lehnten die hohen Einkommensklassen und bildungsnahen Schichten sie deutlich ab. Letztere strömten am 27. September 2020 indessen in ungewöhnlich hoher Zahl an die Urnen und trugen so zum deutlichen Resultat bei (vgl. Kapitel 2 zur Beteiligung).

⁹ Mit der Guillotine-Klausel ist folgender Mechanismus gemeint: Mit dem PFZ-Abkommen sind sechs weitere Abkommen der Bilateralen I rechtlich verknüpft. Wird das PFZ-Abkommen gekündigt, treten auch diese Abkommen sechs Monate später automatisch ausser Kraft.

Tabelle 4-1: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	38	1163	
Alter			V = 0.17**
18-29 Jahre	30	125	+/-8.0
30-39 Jahre	31	87	+/-9.7
40-49 Jahre	26	144	+/-7.2
50-59 Jahre	46	239	+/-6.3
60-69 Jahre	39	240	+/-6.2
70 Jahre und älter	47	328	+/-5.4
Äquivalenzeinkommen			V = 0.25***
1. Quartil (bis 3500 CHF)	57	232	+/-6.4
2. Quartil (3501-4750 CHF)	35	226	+/-6.2
3. Quartil (4751-6749 CHF)	34	270	+/-5.7
4. Quartil (>6749 CHF)	24	279	+/-5.0
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.29***
Ohne nachobligatorische Bildung	52	87	+/-10.5
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	52	453	+/-4.6
Maturität/höhere Berufsbildung	34	272	+/-5.6
Fachhochschule/Uni/ETH	20	348	+/-4.2
Erwerbsstatus			V = 0.15**
Selbständig	52	90	+/-10.3
Angestellt	34	504	+/-4.1
Andere Erwerbspersonen	50	38	+/-15.9
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	23	56	+/-11.0
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	42	414	+/-4.8
Hausfrau/Hausmann	46	41	+/-15.3
Andere Nicht-Erwerbspersonen	56	18	+/-22.9

Wie dies im Rahmen der VOTO-Studien häufig der Fall ist, wirkten sich die Parteisymphathie und die Links-Rechts-Selbsteinstufung erheblich stärker auf den Entscheid aus als soziale Merkmale. Im linken Lager war das Begehren völlig chancenlos: Nur gerade sechs Prozent jener, die sich linksaussen einstufen, hiessen es gut. Im gemässigt linken Lager lag der Ja-Stimmenanteil mit zehn Prozent ebenfalls nicht viel höher. Auch bei den Stimmenden, die sich selbst in der politischen Mitte verorten, vermochte die Initiative keine Mehrheit zu erzielen (38%). Damit war eine Volksmehrheit im Prinzip bereits dahin. Der Umstand, dass sich selbst im gemässigt rechten Lager bloss eine hauchdünne Mehrheit (52%) für das Begehren aussprach, führte zum letztlich klaren Verdikt an der Urne. Das Scheitern der SVP-Initiative lässt sich überdies damit erklären, dass es der SVP kaum gelang, ausserhalb der eigenen Anhängerschaft, die notabene diszipliniert für das Begehren votierte (87% Ja), Stimmen zu gewinnen. So legten Sympathisierende der Grünen und der SP beinahe geschlossen ein Nein ein (88 bzw. 86%), aber auch die bürgerlichen Parteifolgschaften verweigerten – anders als bei früheren Initiativen der SVP – der Begrenzungsinitiative grossmehrheitlich ihre Unterstützung: Zwei von drei CVP-Sympathisierenden (67%) und 72 Prozent der FDP-Anhängerschaft stimmten gegen die Vorlage. Deutlich knapper fiel das Ergebnis indessen bei den Parteiungebundenen aus: In unserer Stichprobe hiessen immerhin 48 Prozent das Begehren gut.

Der Modernismus/Traditionalismus-Konflikt ist eine Spaltlinie, die insbesondere die SVP von den anderen Parteien trennt. Insofern ist es nicht überraschend, dass die damit verbundenen grundlegenden politischen Haltungen stark mit dem Entscheid in Zusammenhang gebracht werden können. Stimmende, die sich eine verstärkt gegen aussen öffnende Schweiz wünschen, verwarfen die Vorlage in Bausch und Bogen (81%), während solche, die eine sich vermehrt verschliessende Schweiz bevorzugen, sie mit wuchtiger Mehrheit (76%) guthiessen.

Die Stimmenden wurden ausserdem gefragt, ob die aussergewöhnliche COVID-19-Situation ihren BGI-Stimmentscheid beeinflusst habe.¹⁰ Die überwiegende Mehrheit (84%) verneinte dies. Zwölf Prozent deuteten mit ihrer Antwort («ein wenig beeinflusst») an, dass sie unter anderen Umständen eventuell anders entschieden hätten.¹¹ Vier Prozent kolportierten schliesslich, dass ihr Votum ganz im Zeichen von COVID-19 stand («stark beeinflusst»). Dabei wirkte sich die Pandemie (und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft) eher zugunsten des Begehrens aus: Wer den eigenen Entscheid zumindest partiell auf die Pandemiesituation zurückführte, legte öfter Ja als Nein in die Stimmurnen ein. Aber am Ausgang der Abstimmung hat COVID-19 letztlich nichts geändert – zu gering war die Zahl derer, welche ihren Entscheid gemäss eigenem Bekunden unter dem Einfluss der Pandemiesituation fällte.

Tabelle 4-2: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	38	1163	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.47***
Linksaussen (0-2)	6	112	+/-4.4
Links (3-4)	10	241	+/-3.8
Mitte (5)	38	373	+/-4.9
Rechts (6-7)	52	243	+/-6.3
Rechtsaussen (8-10)	77	134	+/-7.1

¹⁰ Dabei wurde allerdings nicht konkretisiert, in welcher Art und Weise die Pandemiesituation den Entscheid beeinflusst habe.

¹¹ Ob sich diese Stimmenden unter anderen Umständen tatsächlich auch anders entschieden hätten, ist augenscheinlich nicht überprüfbar. Die ausgewiesenen Werte sind entsprechend mit gebotener Vorsicht zu geniessen.

Parteisympathie			V = 0.54***
FDP	28	197	+/-6.3
CVP	33	118	+/-8.5
SP	14	193	+/-4.9
SVP	87	153	+/-5.3
GLP	11	99	+/-6.2
Grüne	12	107	+/-6.2
andere Partei	40	50	+/-13.6
keine	48	246	+/-6.2
Wertehaltung: Schweiz öffnen vs. Schweiz verschliessen			V = 0.42***
Öffnung	19	620	+/-3.1
Gemischte Wertehaltung	52	415	+/-4.8
Verschliessen	76	104	+/-8.2
Wertehaltung: Gleichberechtigung Ausländer vs. Bevorzugung Schweizer			V = 0.45***
Gleichberechtigung Ausländer	15	386	+/-3.6
Gemischte Wertehaltung	33	376	+/-4.8
Bevorzugung Schweizer	68	356	+/-4.8

Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei konnten die Stimmenden mehrere Gründe nennen. Die genannten Gründe wurden anschliessend nach einem Codeschema manuell codiert und zusammengefasst. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig Gründe als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig die Gründe insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Das mit grossem Abstand am häufigsten genannte **Ja-Motiv** (Tabelle 4-3) war die Furcht vor den Konsequenzen einer zunehmenden Überbevölkerung. Beinahe die Hälfte der Ja-Stimmenden (48%) gab dieses Motiv als Hauptgrund an. Wenn die Zweitnennungen auch noch berücksichtigt werden, dann steigt dieser Anteil gar auf 84 Prozent. Bei genauer Betrachtungsweise stellen wir fest, dass rund ein Viertel aller Ja-Stimmenden (26%) mit ihrem Votum in erster Linie eine 10 Millionen-Schweiz verhindern wollte, während ein Sechstel (15%) sich vor allem um die Arbeitsmarktsituation Sorgen machte. Weitere Konsequenzen einer Überbevölkerung wie etwa Wohnungsmangel, Verkehrsprobleme oder Zersiedelung wurden von diesen Ja-Stimmenden zwar ebenfalls genannt, aber nicht derart häufig wie Arbeitsplatzverluste.

16 Prozent stimmten dem Begehren hauptsächlich zu, um eine – aus ihrer Sicht – drohende «Überfremdung» der Schweiz zu stoppen. Ebenfalls in diese Kategorie fallen generell migrations skeptische Motivangaben (z.B. «Es hat zu viele Ausländer»). Neun Prozent der Ja-Stimmenden rechtfertigten ihren Entscheid staatsrechtlich: Sie waren der Ansicht, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuern können sollte.

Weiter wurden nur noch vereinzelte Entscheidungsgründe angegeben: Vier Prozent sahen ihr Votum als eine Stimme gegen die Europäische Union, während weitere drei Prozent ein Ja einlegten, weil sie davon ausgingen, dass das Begehren an der Urne ohnehin abgelehnt würde. Sieben Prozent äusserten sich sehr allgemein, ohne dass ein inhaltliches Motiv erkennbar war und vier Prozent schliesslich begründeten ihre Zustimmung mit einem offenkundigen Nein-Motiv.

Tabelle 4-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Überbevölkerung und ihre Auswirkungen	48	176	84	310
Die Schweiz ist voll/ keine 10-Millionen-Schweiz	26	97	35	128
Mehr Zuwanderung führt zu Arbeitsplatzverlusten	15	56	32	119
Anderes zu Überbevölkerung	7	23	17	63
Überfremdung/ gegen Ausländer	16	60	26	96
Beibehaltung Souveränität (eigenständige Steuerung der Zuwanderung)	9	32	12	45
Allgemeines (gefällt mir; sympathische Idee)	7	24	10	36
Diverse Motive	4	16	7	24
Gegen EU	4	15	9	34
Strategischer Entscheid («Vorlage wäre ohnehin abgelehnt worden»)	3	10	3	11
Empfehlungen (Parteien, andere)	2	8	3	11
Verwechslungen	4	15	4	16
Weiss nicht / keine Antwort	4	15	4	15
Total	100	370	162	599

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Der wichtigste Entscheidungsgrund auf der **Nein-Seite** war die Pflege der Beziehungen zur EU bzw. der Bilateralen: 41 Prozent gaben an, die Beziehungen zur EU bzw. den bilateralen Weg nicht gefährden zu wollen. In den meisten Angaben dieser Motivgruppe (insgesamt 19%) kommt eine grundsätzliche Zustimmung zum bilateralen Weg zum Ausdruck. Andere (8%) betonten ausdrücklich das Risiko eines Bruchs mit der EU, sollte die BGI angenommen werden. Neun Prozent wiederum fürchteten, dass eine Annahme der BGI die Schweiz generell isolieren würde, was ihr zum Schaden gereichen würde. Gute Beziehungen zur EU waren insbesondere den FDP-und GLP-Sympathisierenden wichtig: 49 (FDP) bzw. 53 (GLP) Prozent von ihnen gaben ein inhaltlich gleichlautendes Motiv an. In all diesen Motivan-gaben ist *nicht explizit* von wirtschaftlichem Schaden die Rede, aber es ist anzunehmen, dass hinter der Angst vor einem Bruch mit der EU auch (oder gar primär) wirtschaftliche Überlegungen stehen. Solche wirtschaftlichen Bedenken wurden von 17 Prozent der Nein-Stimmenden *explizit* angeführt, entweder in allgemeiner Form (z.B. «Die BGI bzw. ein Bruch mit der EU schadet der Wirtschaft») oder auf spezifische Wirtschaftsbereiche bezogen (Fachkräftemangel im Pflegebereich, etc.). Explizit wirtschaftliche Motive wurden von CVP-Sympathisierenden am häufigsten vorgebracht.

Sodann wurden oft (14%) sehr allgemeine (Unmuts-)Äusserungen kundgetan (z.B.: «Weil die Vorlage ein Blödsinn ist» oder «Ist zu radikal»). Weitere elf Prozent aller Nein-Stimmenden lehnten das Begehren in erster Linie deshalb ab, weil es von der SVP stammte («SVP war der Grund.»). Viele von ihnen bezeichneten die Initiative zudem als (SVP-)«Zwängerei». Diese «negative» Entscheidungshilfe (man legt das Gegenteil dessen ein, was der ideologische Gegner empfiehlt) wendeten SP-Sympathisierende mit Abstand am häufigsten an (21% aller Ja-Motive von SP-Stimmenden). Weiter wollten fünf Prozent mit ihrem Votum ein Zeichen gegen Ausländerhass bzw. Fremdenfeindlichkeit setzen – unter ihnen vor allem Sympathisierende der Grünen. Auch im Lager der Nein-Stimmenden gab es schliesslich solche, die mit ihrer Stimmabgabe genau das Gegenteil dessen beabsichtigten, was sie auf den Stimmzettel schrieben: Zwei Prozent (38% von ihnen sind SVP-Sympathisierende) gaben unmissverständlich an, dass sie die Zuwanderung *begrenzen* wollten, legten aber gemäss eigenen Angaben ein Nein zum Begehren ein.

Tabelle 4-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Beziehungen zu EU/ Bilateraler Weg	41	324	63	499
Zustimmung zum bilateralen Weg	19	154	29	230
Schweiz darf / soll sich nicht isolieren	9	68	10	81
Keine Gefährdung der Beziehungen zur EU riskieren	8	62	12	95
Anderes zu Beziehungen zu EU/ Bilateraler Weg	5	40	12	93
Wirtschaftliche Gründe	17	133	30	236
Allgemein: Schadet der Wirtschaft	6	49	13	101
Fach- oder Arbeitskräftemangel	10	81	16	131
Anderes zu wirtschaftlichen Gründen	1	3	1	4
Allgemeines («Mag ich nicht, bringt nichts», «zu kompliziert»)	14	114	23	184
SVP-Herkunft der Initiative	11	86	19	152
Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit	5	43	8	66
Zuwanderung ist generell positiv	3	25	4	33
Diverse Motive	1	9	4	32
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, andere)	2	19	3	26
Verwechslungen	2	14	3	26
Weiss nicht / keine Antwort	3	25	3	25
Total	100	793	161	1280

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 4-5). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch, welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Zunächst überrascht es, dass alle drei in der Befragung getesteten **Pro-Argumente** vergleichsweise hohe Zustimmungswerte erzielten und dies, obwohl die Initiative ja relativ deutlich abgelehnt wurde. Dem Hauptargument der Befürworterschaft, wonach die Schweiz die Einwanderung wieder selbst steuern können sollte, pflichtete gar eine klare Mehrheit von 62 Prozent aller Stimmenden bei. Unter den Ja-Stimmenden war das Argument – wenig erstaunlich – unumstritten (96% Zustimmung). Aber selbst 41 Prozent der Nein-Stimmenden wollen eine eigenständige Zuwanderungssteuerung. Wenn wir die spontanen Motivangaben dieser Nein-Stimmenden näher betrachten¹², so ist kaum ersichtlich, was sie von jenen Nein-Stimmenden unterscheidet, welche diesem Pro-Argument *widersprachen*. Es ist einzig ersichtlich, dass die Anhängerschaften von FDP und CVP diesem Argument mehrheitlich zustimmten (65% bzw. 55%), das Begehren aber mehrheitlich ablehnten. Zu vermuten ist deshalb, dass eine nicht unerhebliche Zahl der FDP- und CVP-Sympathisierenden gerne eine Art PFZ-Ausnahmeregelung für die Schweiz hätte, aber nicht um den Preis eines Abbruchs der bilateralen Beziehungen mit der EU.

Auch das Argument, wonach eine unkontrollierte Zuwanderung zu Lohndruck, Wohnungsmangel und Verkehrsprobleme führe, erfuhr eine knappe mehrheitliche Zustimmung von 52 Prozent. Die Initiativbefürwortenden waren in ihrer überwiegenden Mehrheit (88%) davon überzeugt, aber selbst ein knappes Drittel (30%) der Initiativablehnenden befürchtet diese negativen Auswirkungen.

Dass die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative dazu diene, ein Zeichen gegen das Rahmenabkommen zu setzen, damit zeigten sich 47 Prozent aller Stimmenden einverstanden. Hier überrascht der Umstand, dass eine Mehrheit der Ja-Stimmenden (61%) dieser Aussage beipflichtete, nicht sonderlich. Erstaunlich ist indessen, dass fast vier von zehn Nein-Stimmenden (39%) das Votum zur BGI als Signal *gegen* ein allfälliges Rahmenabkommen verstanden. Dabei kann es sich ja nicht um ihr eigenes Votum gehandelt haben, denn diese Gruppe von Stimmenden legte ein Nein in die Urnen. Vielleicht meinten diese Nein-Stimmenden, dass nicht sie selbst, aber andere diese Abstimmung als Möglichkeit betrachten würden, ein Zeichen gegen das Rahmenabkommen setzen zu können.

Tabelle 4-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstan- den	Nicht einver- standen	Weiss nicht
„Die Schweiz muss die Einwanderung wieder selber steuern können.“	Total	62	37	1
	Ja-Stimmende	96	4	1
	Nein-Stimmende	41	58	1
„Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu Lohndruck, Wohnungsmangel und Verkehrsproblemen.“	Total	52	46	2
	Ja-Stimmende	88	11	0
	Nein-Stimmende	30	67	3
„Bei der Begrenzungsinitiative geht es darum, ein Zeichen gegen das Rahmenabkommen zu setzen.“	Total	47	42	10
	Ja-Stimmende	61	27	13
	Nein-Stimmende	39	52	9

¹² Im Telefoninterview wird zunächst nach den Entscheidungsgründen gefragt. Diese Frage ist offen, das heisst, die Befragten können innerhalb des eigenen Referenzrahmens eine spontane Antwort geben. Später werden die in Tabelle 4.5 aufgeführten Argumente vorgelegt. Diese Frage ist indessen nicht offen, das heisst, die Befragten müssen sich zwischen vorgegebenen Antwortkategorien («sehr einverstanden», «eher einverstanden», etc.) entscheiden.

Kontra-Argumente		Einverstan- den	Nicht einver- standen	Weiss nicht
„Mit der Begrenzungsinitiative wird der bilaterale Weg mit der EU aufs Spiel gesetzt.“	Total	68	28	4
	Ja-Stimmende	43	53	4
	Nein-Stimmende	84	12	4
„Die Kündigung der Personenfreizügigkeit setzt das wirtschaftliche Erfolgsmodell der Schweiz aufs Spiel.“	Total	56	38	5
	Ja-Stimmende	34	58	8
	Nein-Stimmende	70	26	3
„Mit der Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose wird das Hauptproblem der Zuwanderung hauptsächlich gelöst.“	Total	22	62	16
	Ja-Stimmende	25	64	12
	Nein-Stimmende	21	61	18

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 62% aller Stimmenden (sowie 96% aller Ja-Stimmenden bzw. 41% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach die Schweiz die Einwanderung wieder selbst steuern können müsse, bei. 37% aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 1% antwortete mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 1163, Ja-Stimmende 370, Nein-Stimmende 793.

Von den hier getesteten **Kontra-Argumenten** fand jenes den grössten Anklang, welches den bilateralen Weg mit der EU in Gefahr sah. Eine satte Zweidrittel-Mehrheit (68%) wollte diesen bilateralen Weg mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit nicht aufs Spiel setzen. Der Umstand, dass sogar 43 Prozent der Ja-Stimmenden eine Annahme der BGI mit dem Ende des bilateralen Weges gleichsetzten, zeigt, dass sich eine gehörige Anzahl Stimmender bewusst für einen Bruch mit der EU aussprach.

Eines der Hauptargumente der Wirtschaftsverbände lautete, dass eine Kündigung der PFZ das wirtschaftliche Erfolgsmodell der Schweiz aufs Spiel setze. Es ist ein Argument, das im Prinzip bei allen europapolitischen Abstimmungen der Vergangenheit in ähnlicher Form vorgebracht wurde und zumeist grossmehrheitlichen Zuspruch erhielt. Dieses Mal teilten 56 Prozent der Stimmenden die Befürchtung, dass ein Bruch mit der EU negative wirtschaftliche Konsequenzen haben werde. Je nach Sichtweise ist dies (relativ) viel oder (relativ) wenig. Zunächst überzeugte das «Wirtschaftsargument» nicht alle Nein-Stimmenden: Ein Viertel von ihnen (26%) legte offenbar aus anderen Gründen ein Nein ein.¹³ Auf der anderen Seite gab es eine erhebliche Zahl von Stimmenden, welche die PFZ – auch um den Preis wirtschaftlicher Einbussen – kündigen wollten. Denn etwa ein Drittel der Ja-Stimmenden (34%) gab an, sich des Risikos negativer wirtschaftlicher Konsequenzen bewusst zu sein. Kurz, das wirtschaftliche Wohlergehen ist zwar nach wie vor eines der zentralen Motive bei europapolitischen Entscheiden, aber es überzeugt längst nicht alle Stimmenden.

So gut wie keine Bedeutung für den individuellen Entscheid hatte das Argument, wonach die Überbrückungsrente das Problem der Zuwanderung löse. Zunächst hatten 16 Prozent der Stimmenden dazu keine Meinung, vielleicht auch deshalb, weil sie von der Überbrückungsrente zuvor nie gehört hatten. Sodann bekräftigten nur 22 Prozent aller Teilnehmenden dieses Statement, wobei es zwischen Ja- und Nein-Stimmenden so gut wie keine Unterschiede gab. Somit spielte die Überbrückungsrente, wenn überhaupt, nur eine ganz marginale Rolle beim Entscheid.

¹³ Wenn wir die Motive dieser Gruppe von Nein-Stimmenden genauer betrachten, so fällt auf, dass sie vergleichsweise häufig ein Zeichen gegen Ausländerhass setzen wollten oder das Begehren schlicht deshalb ablehnten, weil es von der SVP stammte.

5. Änderung des Jagdgesetzes

Die Ausgangslage

Die Rückkehr des Wolfes in die Schweiz veranlasste das Parlament, das Jagdgesetz von 1986 zu ändern. Obwohl der Wolf nach wie vor eine geschützte Tierart geblieben wäre, hätten die Kantone neu einzelne Wölfe zum Abschuss freigeben können, auch wenn sie noch keinen Schaden angerichtet haben. Dazu hätten indessen gewisse Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Zudem hätte der Bund darüber vorgängig konsultiert werden müssen. Gegen einen von einem Kanton angeordneten Abschuss hätten der Bund ebenso wie Naturschutzorganisationen weiterhin Beschwerde einreichen können. Zuletzt sah das neue Jagdgesetz strengere Kriterien für die Entschädigung gerissener Schafe und Ziegen, einen Ausbau des Artenschutzes und eine finanzielle Unterstützung für Kantone bei der Aufwertung der Lebensräume vor.

National- und Ständerat hiessen das neue Gesetz mit vergleichsweise knapper Mehrheit gut.¹⁴ Dagegen ergriffen Naturschutzverbände (Pro Natura, WWF, BirdLife, Gruppe Wolf, Zoo Schweiz) das Referendum. Ihr Widerstand betraf primär zwei Aspekte des neuen Jagdgesetzes: Die Bestimmung, wonach einzelne Tiere hätten abgeschossen werden können, bevor sie einen Schaden angerichtet haben und der Umstand, dass das neue Gesetz dem Bundesrat erlaubt hätte, weitere geschützte Tierarten in die Liste der regulierbaren Arten aufzunehmen. Den Naturschutzverbänden schlossen sich im Abstimmungskampf auch die EVP, GLP, GPS und die SP an, die allesamt eine Nein-Parole fassten.

Die Umweltschutzverbände haben viel Geld in die Kampagne gegen das Gesetz eingesetzt. Bei insgesamt 68 untersuchten Kampagnen seit 2013 liegt das Jagdgesetz gemäss einer Auswertung von *Année Politique Suisse* auf Platz sieben der Rangliste aufgegebenen Inserate. Die Contra-Inserate machten dabei knapp 80 Prozent aller Inserate aus.¹⁵

Das Stimmvolk verwarf die Vorlage mit einem Anteil von 51.8 Prozent Nein-Stimmen. Allerdings öffnete sich ein tiefer Graben zwischen den Alpen- und Mittellandskantonen: Während das Wallis, Graubünden und Uri die Vorlage mit fast 70 Prozent Ja-Stimmenanteil guthiessen, verwarfen Kantone wie Genf, Schaffhausen oder Basel-Stadt die Gesetzesrevision mit mehr als 63 Prozent Nein-Stimmenanteil.

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Schon am Abstimmungssonntag kristallisierte sich ein zentraler Bestimmungsfaktor des Entscheids heraus: Der Umstand, ob man in näherer Umgebung eines wildlebenden Wolfsrudels lebt. Die beiden am stärksten betroffenen Gebirgskantone Graubünden und Wallis hiessen die Revision des Jagdgesetzes mit wichtigen Mehrheiten gut, während urbane Kantone wie Basel-Stadt und Genf die Vorlage ebenso wichtig ablehnten. Dieses Muster ist auch im Stimmverhalten nach Gemeindegrösse zu erkennen: In den kleinen Gemeinden wurde die Gesetzesrevision mehrheitlich gutgeheissen, während sie in den grossen Städten (>100'000 Einwohner) chancenlos blieb (29% Zustimmung). Weitere soziodemographische Merkmale spielten beim Entscheid zum Jagdgesetz hingegen eine untergeordnete Rolle. Frauen lehnten es mehrheitlich ab (57% Nein), während es bei den Männern eine knappe Mehrheit fand (53% Ja). Jüngere Stimmende verwarfen das Jagdgesetz, während es bei den über 60-Jährigen eine Mehrheit fand.

¹⁴ Der Nationalrat stimmte dem Gesetz mit 117 zu 71 Stimmen (bei neun Enthaltungen) zu, während das Verhältnis zwischen Ja- und Nein-Stimmen im Ständerat 28 zu 16 (eine Enthaltung) betrug.

¹⁵ Siehe: https://anneepolitique.swiss/static_files/APS-Zeitungs-%20und%20Inserateanalyse%20vom%2016.9.2020.pdf.

Tabelle 5-1: Ja-Stimmenanteil nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	48	1184	
Geschlecht			V = 0.10**
Männer	53	606	+/-4.0
Frauen	43	578	+/-4.0
Alter			V = 0.12*
18-29 Jahre	45	129	+/-8.6
30-39 Jahre	49	87	+/-10.5
40-49 Jahre	39	146	+/-7.9
50-59 Jahre	42	238	+/-6.3
60-69 Jahre	51	245	+/-6.3
70 Jahre und älter	57	339	+/-5.3
Gemeindegrösse (Anzahl Einwohner)			V = 0.16***
bis 2000	59	211	+/-6.1
2001-5000	53	290	+/-5.7
5001-10000	45	208	+/-6.8
10001-20001	47	182	+/-7.2
20001-100000	47	179	+/-7.3
> 100000	29	114	+/-9.0

Obwohl der Wolf selten einmal Gegenstand hitziger ideologischer Auseinandersetzungen ist, verlief der Graben zwischen Befürwortenden und Ablehnenden einer Lockerung des Wolfsschutzes ziemlich exakt entlang den Grenzen zwischen den ideologischen Blöcken. Linksaussen war der Nein-Stimmenanteil zum Jagdgesetz beinahe so hoch (93%) wie zur Begrenzungsinitiative (94%). Auch im gemässigt linken Lager beträgt der Nein-Anteil noch hohe 73 Prozent. Im Mitte-Lager wurde die Revision indessen (knapp) mehrheitlich angenommen (54%). Die zustimmende Mehrheit wird sodann umso komfortabler, je weiter rechts man sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum bewegt. Von den Parteianhängerschaften stemmten sich die Sympathisierenden der Grünen am vehementesten gegen eine Wolfsregulierung (Anteil Nein-Stimmen: 90%). Aber auch die SP- und GLP-Gefolgschaften legten mehrheitlich (73 bzw. 62%) ein Nein in die Urnen. Die bürgerlichen und konservativen Parteianhängerschaften, deren Parteien in den alpinen Regionen auch stärker verankert sind als in den urbanen Zentren, hiessen die Revision hingegen grossmehrheitlich gut (zwischen 64 und 66% Ja-Stimmenanteil).

Der Artenschutz im Generellen und der Wolfsschutz im Speziellen sind naturgemäss eng verknüpft mit dem Natur- und Umweltschutz. Tatsächlich hingen die Haltung zum Umweltschutz und der Entscheid zum Jagdgesetz eng miteinander zusammen. Nur ein knappes Drittel (30%) jener, die dem Umweltschutz den Vorrang geben vor der Wohlstandswahrung, legten ein Ja in die Urnen, während es bei jener Gruppe, deren Präferenzen genau umgekehrt lauten, 66 Prozent waren. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang aber insbesondere der Befund, dass die Haltung zum Umweltschutz für Stimmende aus den Flachlandkantonen einen der wichtigsten Entscheidungsfaktoren darstellte, während sie für Stimmende aus Bergkantonen mit grösseren Wolfsbeständen kaum ausschlaggebend war.¹⁶ Mit anderen Worten: Wer von der Wolfsregulierung mittel- oder unmittelbar persönlich betroffen ist, hat das Jagdgesetz unabhängig davon bewertet, wie sie bzw. er sonst zum Thema Umweltschutz steht.

Tabelle 5-2: Ja-Stimmenanteil nach politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	48	1184	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.40***
Links aussen (0-2)	7	114	+/-4.7
Links (3-4)	27	242	+/-5.6
Mitte (5)	54	384	+/-5.0
Rechts (6-7)	65	246	+/-6.0
Rechts aussen (8-10)	68	133	+/-7.9
Parteisympathie			V = 0.37***
FDP	66	196	+/-6.6
CVP	64	118	+/-8.7
SP	27	195	+/-6.2
SVP	66	155	+/-7.5
GLP	38	95	+/-9.8
Grüne	10	111	+/-5.6
andere Partei	52	55	+/-13.2
keine	50	259	+/-6.1
Wertehaltung: Umweltschutz prioritär vs. Wohlstandswahrung prioritär			V = 0.31***
Umweltschutz	30	502	+/-4.0
Gemischte Wertehaltung	58	490	+/-4.4
Wohlstandswahrung	66	128	+/-8.2

¹⁶ Wir haben auf der Basis der aktuellen Wolfsbestände zwei Gruppen von Regionen unterschieden: Regionen, die überhaupt keine oder kaum welche Wölfe haben und solche, in denen eine relevante Zahl von Wölfen beheimatet ist. In den weitestgehend «wolfsfreien» Regionen beträgt der Unterschied im Ja-Stimmenanteil zwischen der Gruppe der Umweltschutzbefürwortenden und jenen, welche der Wohlstandsmehrung den Vorzug geben, 42 Prozentpunkte. In den alpinen Regionen mit relevanten Wolfsbeständen beträgt diese Differenz nur noch 13 Prozentpunkte.

Die Motive

Nach Durchsicht der Originalantworten auf die Motivfrage ist zunächst festzuhalten, dass oftmals sehr emotional argumentiert wurde. Der Wolf erhitze die Schweizer Gemüter. Etwas mehr als ein Fünftel (22%) der Ja-Stimmenden sprach sich für eine stärkere Regulierung der Wolfspopulation aus, weil sie die Vermehrung der Wölfe als Gefahr für Mensch und Tier betrachteten oder die Wiederansiedlung der Wölfe in der Schweiz gar prinzipiell ablehnen.¹⁷ Interessant ist ausserdem, dass nicht wenige Befragte – die meisten von ihnen leben selbst in den alpinen Bergregionen der Schweiz¹⁸ – bei ihrer Motivnennung zusätzlich darauf hinwiesen, dass die Gefahren- und Problemwahrnehmung in den Städten anders aussehe als in den Berggebieten. Sie lieferten, mit anderen Worten, bereits eine erste Analyse des Abstimmungsergebnisses mit. 17 Prozent sahen ihre Stimme als Ausdruck der Solidarität mit den Berggebieten oder stammen selbst aus diesen Regionen. Jede/n zehnte/n Ja-Stimmende/n motivierte primär das Mitgefühl mit den Bauern und Hirten in den Berggebieten, aber auch die Furcht, auf Wanderungen selbst von einem Wolf angefallen zu werden. Neun Prozent der Ja-Stimmenden stimmten aus Tierliebe Ja, wobei sich aber ihre Schutzforderung nicht wie bei den Nein-Stimmenden (siehe nachfolgenden Abschnitt) auf den Wolf bezog, sondern auf die Beutetiere des Wolfes, also vornehmlich Schafe.¹⁹ Elf Prozent der Erstnennungen bezogen sich auf die Regelung der Kompetenzen: Die meisten begrüßten den Umstand, dass die Kantone neu ein Instrument erhalten zur Steuerung der Wolfspopulation erhalten hätten. Zuletzt wurden Empfehlungen von Parteien, der Regierung oder des näheren sozialen Umfelds vergleichsweise oft (12%) genannt.

¹⁷ Ein Befragter antwortete auf die Frage, warum er das Jagdgesetz unterstützt habe, mit: «Wölfe gehören in den Zoo.»

¹⁸ Einige waren indessen selbst Städterinnen oder Städter. So antwortete ein Befragter: «Ich möchte nicht, dass Unterländer die Oberländer bevormunden.»

¹⁹ Eine Zielperson drückte sich diesbezüglich wie folgt aus: «Ich kann nicht verstehen, dass man sich für den Tierschutz einsetzt und zuschaut, wie ein Wolf 20-30 Schafe tötet. Als Tierschützer ist man auch nicht mehr glaubwürdig.»

Tabelle 5-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Regulierung der Wolfspopulation nötig	22	110	36	177
Bezug zu Berggebiete	17	85	21	106
Zugunsten von Berggebieten	6	29	8	41
Befragter selbst aus einem Berggebiet	10	49	11	53
Anderes zu Berggebiete	1	7	2	12
Bezug zu Kompetenzregelung	11	54	17	86
Schutz des Menschen	10	47	19	92
Schutz der Tiere (Schutz der Schafe vor Wölfen)	9	47	17	83
Revision nötig	6	29	7	36
Allgemeines (man muss etwas tun, gute Sache, etc.)	4	21	10	48
Diverse Motive	1	6	3	15
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, Verbände, andere)	12	59	13	66
Verwechslungen	2	9	2	10
Weiss nicht / keine Antwort	6	29	6	29
Total	100	497	150	747

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Motiven** dominiert der Tierschutz bzw. die Tier- oder Naturliebe: In 47 Prozent der Erstnennungen kommt ein solcher Beweggrund zum Ausdruck. Viele Nein-Stimmende (insgesamt 24%), gaben an, dass Tiere im Generellen und/oder der Wolf im Speziellen ein Recht auf Leben hätten oder sagten ganz einfach, dass sie Tierliebhaber/innen seien.²⁰ Wenige (insgesamt 6%) rechtfertigten ihren Entscheid damit, dass der Wolf gewissermassen zur natürlichen Ordnung gehöre und man nicht in die Natur eingreifen soll.²¹ 18 Prozent sind offensichtlich keine grundsätzlichen Gegner/innen einer Regulierung der Wolfspopulation, aber das vorliegende Gesetz – und insbesondere der Umstand, dass Tiere hätten getötet werden können, bevor sie einen Schaden angerichtet haben – ging ihnen zu weit. Sechs Prozent trauten den Kantonen nicht, sondern wollten die Wolfsregulierung in eidgenössischen Händen oder in den Händen der Hirten sehen. Weitere elf Prozent äusserten sich sehr allgemein zu ihrem abschlägigen Entscheid, ohne dass ein inhaltliches Motiv erkennbar gewesen wäre.

²⁰ Viele Antworten fielen knapp aus wie beispielsweise die folgenden beiden: «Ich bin Tierliebhaberin und naturinteressiert.» «Je suis pour les animaux».

²¹ Als Beispiel diene folgende Aussage eines Befragten: «Die Natur muss sich selber regulieren.»

Tabelle 5-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Tierliebe/ Naturliebe ()	47	326	68	467
Tierschutz und Artenvielfalt: Tiere (im Speziellen der Wolf) haben ein Recht auf Leben/Schutz	24	166	30	209
Wolf war schon vor uns hier / Man muss mit dem Wolf leben können	6	42	10	71
Anderes zu Tierliebe/ Naturliebe	17	118	28	187
Gesetz geht zu weit (Abschuss eines Tieres, ohne dass es Schaden angerichtet hat; reines «Abschussgesetz»)	18	124	28	193
Kompetenzregelung (Bund soll das regeln/ Hirten sollen das regeln)	6	39	9	63
Herdenschutz (Nicht Abschuss, sondern Herdenschutz soll verbessert werden)	2	10	5	37
Allgemeines (geht nicht, zu radikal, etc.)	11	72	14	96
Empfehlungen (Parteien, andere)	7	47	10	65
Diverse Motive	3	23	6	41
Verwechslung	3	18	3	20
Weiss nicht / keine Antwort	4	27	4	27
Total	100	687	147	1010

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Die Zustimmungswerte zu den Pro- und Kontra-Argumenten machen nochmals deutlich, wie knapp die Mehrheitsverhältnisse am Ende waren. Denn alle vier hier getesteten Argumente – sowohl Pro- als auch Kontra-Argumente – fanden zumindest bei einer knappen Mehrheit Anklang.

Das **Pro-Argument**, wonach das neue Jagdgesetz nötig sei, weil es eine pragmatische Lösung für den Umgang mit dem wachsenden Wolfsbestand biete, überzeugte die Hälfte der Stimmenden. Die Ja-Stimmenden pflichteten ihm zu 86 Prozent bei, während die Nein-Stimmenden der Aussage zu 80 Prozent widersprachen. Dass die Gesetzesrevision die Sicherheit für Tiere, Landschaften und Menschen in den Berggebieten erhöhe, war gar für 56 Prozent der Stimmenden ein Fakt. Diese Betrachtungsweise unterschied sich zudem nicht wesentlich zwischen den Regionen: Die Zustimmungswerte zu diesem Argument ist in den Berggebieten selbst etwa gleich hoch wie in den Flachlandkantonen.

Tabelle 5-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstan-	Nicht einver-	Weiss nicht
		den	standen	
„Das neue Jagdgesetz ist nötig, weil es eine pragmatische Lösung für den Umgang mit dem wachsenden Wolfsbestand bietet.“	Total	50	47	2
	Ja-Stimmende	86	12	2
	Nein-Stimmende	17	80	3
„Das Jagdgesetz erhöht die Sicherheit für Tiere, Landschaften und Menschen in Berggebieten.“	Total	56	41	3
	Ja-Stimmende	86	11	3
	Nein-Stimmende	27	69	4
Kontra-Argumente		Einverstan-	Nicht einver-	Weiss nicht
		den	standen	
„Mit dem neuen Jagdgesetz können Tiere wie der Wolf getötet werden, bevor sie überhaupt Schaden angerichtet haben. Das ist nicht akzeptabel.“	Total	60	37	3
	Ja-Stimmende	36	61	3
	Nein-Stimmende	82	16	2
„Mit dem neuen Jagdgesetz werden bedrohte Tierarten nicht besser geschützt, sondern der Artenschutz wird geschwächt.“	Total	50	45	5
	Ja-Stimmende	21	74	5
	Nein-Stimmende	77	18	5

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Lesebeispiel zum ersten Argument: 50% aller Stimmenden (sowie 86% aller Ja-Stimmenden bzw. 17% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach das neue Jagdgesetz nötig sei, weil es eine pragmatische Lösung für den Umgang mit dem wachsenden Wolfsbestand biete, bei. 47% aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 2% antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 1'184, Ja-Stimmende 497, Nein-Stimmende 687.

Die Gegnerschaft kritisierte am Jagdgesetz primär den Umstand, dass Tiere wie der Wolf hätten getötet werden können, bevor sie überhaupt Schaden angerichtet hätten. Dies, so die Gegnerschaft, sei inakzeptabel. 60 Prozent der Stimmenden teilten diese Kritik. Bei den Nein-Stimmenden betrug dieser Anteil 82 Prozent, aber selbst einer erheblichen Zahl der Gesetzesbefürwortenden – 36 Prozent – missfiel die präventive Regulierung des Wolfsbestandes.

Darüber, ob das neue Jagdgesetz den Artenschutz verbessere oder schwäche, gingen die Meinungen im Stimmvolk auseinander: Die Hälfte der Stimmenden war der Ansicht, die Revision sei eine Aushöhlung des Artenschutzes, während 45 Prozent darin eine Ausweitung des Artenschutzes sahen.

6. Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer

Die Ausgangslage

Bei den direkten Bundessteuern können Eltern bislang die folgenden maximalen Kinderabzüge geltend machen: Allgemein 6'500 CHF Abzug pro Kind und bei einer Fremdbetreuung zusätzlich 10'100 CHF. Diese maximalen Abzüge hätten mit der Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer erhöht werden sollen. Der allgemeine Kinderabzug hätte von 6'500 auf 10'000 CHF erhöht werden sollen, während der maximale Abzug für die Drittbetreuung neu 25'000 CHF betragen hätte. Die Erhöhung des allgemeinen Abzugs wurde indessen gegen den Willen des Bundesrats vom Parlament hinzugefügt.

Gegen die Erhöhung der steuerlichen Kinderabzüge ergriff die SP, unterstützt von einem liberalen Komitee mit Vertretern von GLP und FDP, das Referendum. Sie sah darin einen «Steuerbonus für reiche Eltern», der zudem zu Steuerausfällen führen würde, von welchen schliesslich vor allem die untere Mittelschicht betroffen wäre. Neben der SP beschlossen auch die GPS, GLP und EDU die Nein-Parole. Unterstützt wurde die Vorlage hingegen von der CVP, SVP, FDP, EVP und BDP. Die Wirtschaftsverbände Economiesuisse und der Arbeitgeberverband beschlossen eine Stimmfreigabe.

Die Gesetzesrevision wurde an der Urne deutlich abgelehnt: 63.2 Prozent der Teilnehmenden verwarfen sie. Nur zwei Kantone, das Tessin und Genf, hiessen sie gut.

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Selten ist bei einer Abstimmung die Nutzen-Kosten-Bilanz derart offenkundig wie bei dieser Vorlage. Von den höheren Abzügen hätten Eltern mit Kinderbetreuungskosten von über 10'100 CHF, die ausserdem direkte Bundessteuern bezahlen (und ergo hiervon Abzüge geltend machen können), profitieren können. Tatsächlich haben Eltern (d.h. Befragte mit minderjährigen Kindern im eigenen Haushalt) mit einem hohen Äquivalenzeinkommen (4. Einkommensquartil) den Steuerabzügen mit deutlicher Mehrheit zugestimmt (70%). In keiner anderen Merkmalsgruppe ist der Ja-Stimmenanteil auch nur annähernd so hoch. Aber bereits in Haushalten mit minderjährigen Kindern und leicht überdurchschnittlichem Äquivalenzeinkommen (3. Einkommensquartil) fällt die Zustimmung zur Vorlage auf 43 Prozent. Dieser Wert liegt aber immerhin noch fast 20 Prozentpunkte über jenem der entsprechenden Vergleichsgruppe ohne Kinder (25%). Kurz, Nutzenkalküle spielten eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Entscheid. Die Bedeutung dieser Rolle ist indessen nicht ganz klar – auch deshalb, weil die Fallzahlen gering sind und die Messung der Nutzenerwartungen schwierig ist.²² Weitere soziodemographische Individualmerkmale hatten hingegen so gut wie keinen Einfluss auf das Stimmverhalten. Allerdings unterschied sich das Stimmverhalten zwischen den Sprachregionen. Während die Kinderabzüge in der Deutschschweiz nur rund ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinten, fanden sie in der lateinischen Schweiz eine signifikant grössere Unterstützung (Romandie: 48.5%, italienische Schweiz: 52%).

²² Es ist nicht ganz unproblematisch, die Nutzniesser der Steuerabzüge in der Stichprobe zweifelsfrei zu identifizieren. Wir wissen zunächst, ob die Zielperson in einem Haushalt mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern lebt, haben allerdings keine Informationen über die Betreuungskosten. Wir kennen in den meisten Fällen auch das Haushaltseinkommen (und die Anzahl Haushaltsmitglieder), wissen aber nicht mit Bestimmtheit, ob die Zielperson auch direkte Bundessteuern bezahlen muss. Hinzu kommt, dass wir nur die *aktuellen, unmittelbaren* Nutzniesser der Vorlage identifizieren können. Allerdings ist es beispielsweise möglich, dass junge Stimmberechtigte zwar aktuell keine Kinder haben, aber in Zukunft damit planen und deshalb prospektiv abgestimmt haben. Zuletzt lässt sich der eigene Nutzen nur dann maximieren, wenn man auch vollständig informiert ist. Es mag nun durchaus sein, dass Eltern mit eigenen Kindern im Haushalt nicht wussten, dass sie von den Abzügen nur dann profitieren, wenn sie auch direkte Bundessteuern bezahlen müssen. Letzteres trifft indes auf 40 Prozent aller Familien von vornherein nicht zu.

Tabelle 6-1: Ja-Stimmenanteil nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	37	1080	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.12*
1. Quartil (bis 3500 CHF)	37	204	+/-6.6
2. Quartil (3501-4750 CHF)	34	205	+/-6.5
3. Quartil (4751-6749 CHF)	29	263	+/-5.5
4. Quartil (>6749 CHF)	44	266	+/-6.0
Minderjährige Kinder im Haushalt und Äquivalenzeinkommen			V = 0.12*
1. Quartil (bis 3500 CHF) / kein Kind	35	170	+/-7.2
1. Quartil (bis 3500 CHF) / mind. ein Kind	44	34	+/-14.6
2. Quartil (3501-4750 CHF) / kein Kind	34	149	+/-8.0
2. Quartil (3501-4750 CHF) / mind. ein Kind	34	56	+/-13.0
3. Quartil (4751-6749 CHF) / kein Kind	25	202	+/-6.5
3. Quartil (4751-6749 CHF) / mind. ein Kind	43	61	+/-12.0
4. Quartil (>6749 CHF) / kein Kind	36	206	+/-6.5
4. Quartil (>6749 CHF) / mind. ein Kind	70	60	+/-11.6

Ein wesentlicher Grund für das deutliche Scheitern der Vorlage lag zudem darin, dass sich weder links noch rechts und ebenso wenig im politischen Zentrum eine Mehrheit für die Kinderabzüge erwärmen konnte: Linksaussen löste die Aussicht auf steuerliche Kinderabzüge kaum Zustimmung aus (13%). Im gemässigt linken Lager stiess die Vorlage zwar auf mehr Sympathien, aber auch hier war sie nicht mehrheitsfähig (35%). Nur unwesentlich höher war die Zustimmung in der Mitte (41%) und rechts davon (43 bzw. 39%). Im Prinzip widerspiegelt das Stimmverhalten der ideologischen Blöcke die Uneinigkeiten und Kehrtwendungen in der parlamentarischen Diskussion über das entsprechende Sachgeschäft. Eine Aufschlüsselung des Entscheids nach Parteisympathie liefert einige zusätzliche Erkenntnisse: Unter den FDP- und CVP-Anhängerschaften fand die Vorlage zwar keine Mehrheit, aber zumindest mehr als 40 Prozent Unterstützung. Angesichts der Tatsache, dass beide Parteien die Ja-Parole zur Vorlage fassten, ist die Parteilinientreue aber als gering zu bezeichnen. Dies gilt erst recht für die SVP-Sympathisierenden, die sich mit einem Anteil von 67 Prozent der Parole ihrer nationalen Delegiertenversammlung widersetzen und ein Nein einlegten. Die GLP-Sympathisierenden stimmten mehrheitlich der Parteilinie gemäss ab (61% Nein-Anteil)²³ ebenso wie die Anhängerschaften der SP (73%) und der Grünen (71%).

²³ Immerhin hielten sich 39 Prozent der GLP-Sympathisierenden nicht an die Parole der bevorzugten Partei. Das liegt aller Voraussicht auch daran, dass knapp zehn Prozent der GLP-Sympathisierende zur einkommensstärksten Gruppe mit Kindern im Haushalt gehören. In keiner anderen Partei ist dieser Anteil derart hoch.

Tabelle 6-2: Ja-Stimmenanteil nach politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	37	1080	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.18***
Linksaussen (0-2)	13	101	+/-6.6
Links (3-4)	35	233	+/-6.1
Mitte (5)	41	336	+/-5.3
Rechts (6-7)	43	240	+/-6.3
Rechtsaussen (8-10)	39	114	+/-9.0
Parteisympathie			V = 0.16***
FDP	48	186	+/-7.2
CVP	44	105	+/-9.5
SP	27	186	+/-6.4
SVP	33	137	+/-7.9
GLP	39	91	+/-10.0
Grüne	29	103	+/-8.8
andere Partei	51	46	+/-14.4
keine	36	226	+/-6.3

Die Motive

Zunächst zu den **Ja-Motiven**: Ein Viertel der Ja-Stimmenden wollte mit ihrem Votum primär Familien unterstützen bzw. finanziell entlasten. Der eigene Nutzen stand dabei nicht zwingend im Vordergrund. Denn dieses Motiv brachten nicht bloss Eltern mit minderjährigen Kindern im Haushalt vor, sondern gar noch etwas öfter Befragte, die keine Kinder (mehr) im eigenen Haushalt haben. Ihr Votum war also gewissermassen ein Akt von «*Goodwill*» gegenüber Familien. Sodann antworteten 24 Prozent (Erst- und Zweitnennungen zusammengefasst), dass entweder sie selbst oder Verwandte davon profitieren würden. Dieses Motiv wurde von Eltern mit minderjährigen Kindern im Haushalt und einem Äquivalenzeinkommen ab 3500 CHF mit Abstand am häufigsten genannt. Rund die Hälfte dieser Gruppe²⁴ bekannte offen, selbst davon profitieren zu können, während dieser Anteil bei den restlichen Merkmalsgruppen (d.h. Befragte ohne Kinder im eigenen Haushalt oder solche mit minderjährigen Kindern, aber tiefem Einkommen) auf rund 20 Prozent oder gar noch tiefer zu liegen kommt. Weitere 13 Prozent signalisierten ebenfalls den Wunsch, Familien zu entlasten, präzisierten aber zudem, welche Familien mit der Vorlage unterstützt werden sollten (z.B. «Mittelstandsfamilien» oder «junge Familien»).

Daneben wurden nur noch vereinzelt weitere Motive genannt: Wenige sahen in der Vorlage eine frauenfördernde Massnahme (3%), andere eine geeignete Massnahme zur Steigerung der Geburtenrate (2%) und wiederum andere (2%) erhofften sich generell einen wirtschaftlichen Impuls davon. Zehn Prozent wussten indes nicht (mehr), warum sie ein Ja eingelegt hatten und weitere zehn Prozent gaben eine sehr allgemeine Begründung («Erschien mir sinnvoll»).

²⁴ Die Anteile dieses Motivs am Total aller Motivangaben für die folgenden Äquivalenzeinkommensklassen (jeweils Eltern mit minderjährigen Kindern im Haushalt): 3'250-4'749 CHF: 62%; 4'750-6'629 CHF: 43%; >6'630 CHF: 49%.

Tabelle 6-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Zugunsten von bzw. zur Unterstützung von Familien generell	25	94	30	112
Steuerliche Entlastung nützt mir/ meinen Verwandten/ generell	23	87	24	89
Zur Unterstützung von Familien aus einer bestimmten Schicht («nützt dem Mittelstand», «zugunsten von jungen Familien»)	13	48	16	61
Unterstützung/ Entlastung Frauen («karrierefördernd für Frauen»)	3	12	6	21
Massnahme zur Steigerung Geburtenrate	2	9	2	9
Ökonomische Motive («Eltern können rasch wieder arbeiten, gut für die Wirtschaft»)	2	7	3	10
Allgemeines (man muss etwas tun, gute Sache, etc.)	10	36	12	44
Diverse Motive	3	11	5	18
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, Verbände, andere)	6	22	6	22
Verwechslungen	3	11	3	11
Weiss nicht / keine Antwort	10	36	10	36
Total	100	373	116	434

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Ein **Nein-Motiv** stand (zahlenmässig) über allen anderen Nein-Motiven: Die Vorlage nütze nur den Reichen und Vermögenden, antworteten 63 Prozent der Nein-Stimmenden auf die Frage nach dem Stimm-motiv. Legen wir Erst- und Zweitnennungen zusammen, so waren es gar 68 Prozent der Stimmenden, welche die Kinderabzüge als unfaire (oder unerwünschte) steuerliche Entlastung der gutverdienenden Eltern betrachteten.

Daneben wurde vor allem noch argumentiert (12%), dass Familien bereits genug Unterstützung erhielten oder dass es nicht fair sei, dass Kinderlose für die Familienplanung Dritter aufkommen müssten. In der Tat wurde dieses Motiv vor allem von Kinderlosen oder sehr einkommensstarken Eltern vorgebracht. Sodann befürchteten sechs Prozent der Nein-Stimmenden Steuerausfälle bei einer Annahme der Vorlage. Zwei Prozent lehnten die Vorlage ab, weil sie der Ansicht waren, es würde damit ein bestimmtes Familienmodell (einseitig) gefördert. Erstaunlicherweise liessen aber die meisten dieser Motive erkennen, dass sich der Widerstand nicht gegen eine «versteckte Herdprämie» richtete, sondern vielmehr gegen die Fremd- oder Drittbetreuung. Weitere Motive wurden kaum noch genannt. Kurz, die Vorlage scheiterte daran, dass sie von weiten Teilen der Stimmenden als Steuergeschenk für Vermögende betrachtet wurde.

Tabelle 6-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Nützt nur Reichen/ Vermögenden	63	447	68	480
Gegen Kinderabzüge im Generellen («Familien werden genug unterstützt», «Unfair Kinderlosen gegenüber»)	12	87	15	107
Zusätzliche Belastung Staatskasse («Steuerausfälle»)	6	43	11	78
Bezug zu Familienmodell («Gegen (neuerliche) Abzüge für Drittbetreuung»)	2	15	2	17
Allgemeines (geht nicht, zu radikal, etc.)	7	46	8	59
Empfehlungen (Parteien, andere)	3	23	4	26
Diverse Motive	1	8	3	18
Verwechslung	1	7	1	9
Weiss nicht / keine Antwort	4	31	4	31
Total	100	707	117	824

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Das **Pro-Argument**, wonach die Erhöhung des Kinderabzugs nötig sei, weil die finanzielle Belastung der Familien zunimmt, war wenig umstritten. Knapp zwei Drittel aller Stimmenden (64%) möchte Familien steuerlich entlasten, aber – und die deutliche Ablehnung der Vorlage deutet darauf hin – womöglich nicht auf die Art und Weise wie in der vorgelegten Gesetzesrevision vorgeschlagen. Eltern mit minderjährigen Kindern im eigenen Haushalt unterstützten das Argument im Übrigen signifikant stärker (78%) als Stimmende, die keine Kinder im eigenen Haushalt haben (60%). Noch höher ist der Unterstützungswert in einkommensschwachen Haushalten mit Kindern (89%). Diese Familien hätten von den Abzügen indessen nicht profitiert, da sie wahrscheinlich²⁵ keine direkten Bundessteuern bezahlen müssen. Eine steuerliche Entlastung der Familien wurde ausserdem in der lateinischen Schweiz für deutlich nötiger empfunden (Französischsprachige Schweiz 74%; Italienischsprachige Schweiz: 76%) als in der Deutschschweiz (60%).

²⁵ Wir haben keinerlei Informationen darüber, ob jemand direkte Bundessteuern bezahlen muss. Die direkte Bundessteuer ist zwar einkommensabhängig (steuerbares Einkommen), aber aus dem im Interview angegebenen Haushaltseinkommen lässt sich nicht in jedem Fall zweifelsfrei schliessen, wie viel dieses steuerbare Einkommen betrug.

Welche Rolle spielte das Familien- oder Erziehungsmodell beim Entscheid? Als Motiv (siehe vorangegangenes Kapitel) wurde es kaum je explizit genannt. Sodann war nur eine Minderheit von 43 Prozent der Stimmenden der Ansicht, dass alle Familien – unabhängig vom Erziehungsmodell – finanziell entlastet werden sollen und die vorgelegte Revision genau dies gewährleiste. Bei den Ja-Stimmenden zeigten sich zwar 79 Prozent damit einverstanden, aber bloss 23 Prozent der Nein-Stimmenden bejahten die obige Aussage. Aber wie bereits erwähnt, nannte kaum ein Nein-Stimmender die Gewährleistung des Steuergleichgewichts zwischen den Familienmodellen als Motiv – und wenn, dann zuungunsten des Fremdbetreuungsmodells. Die Aussage war primär ideologisch umstritten: Linksaussen beträgt die Zustimmung zum Argument bloss 19 Prozent, wobei dieser Anteil in der Deutschschweiz gar auf neun Prozent fällt. Dabei ist nicht ganz klar, mit welchem Teil der obigen Aussage sich diese überwältigende Mehrheit der linksaussen Einstufenden nicht einverstanden zeigte. Entweder man ist prinzipiell gegen ein Steuergleichgewicht zwischen dem «traditionellen» (Eigenbetreuung) und dem «modernen» Erziehungsmodell (Fremdbetreuung), d.h. für eine konsequente Förderung der Fremdbetreuung, oder man betrachtete die steuerlichen Kinderabzüge als «Herdprämie», die ebendieses Steuergleichgewicht wieder aus dem Lot bringen würde. Auffallend ist, dass die Zustimmung zum Argument bereits im gemässigt linken Lager auf 37 Prozent ansteigt und in der politischen Mitte bereits 50 Prozent beträgt. Rechts der Mitte zeigte man sich knapp mehrheitlich einverstanden mit der Forderung, alle Familienmodelle steuerlich gleich zu behandeln. Aber daraus folgte, wie zuvor gesehen, längst nicht immer eine Zustimmung zur Vorlage. Dies lag daran, dass das Argument gegen die Steuergeschenke für die Reichen alle anderen Argumente schlicht übertrumpfte.

Tabelle 6-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstan-	Nicht einver-	Weiss nicht
		den	standen	
„Die Erhöhung vom Kinderabzug ist nötig, weil die finanzielle Belastung von den Familien zunimmt.“	Total	64	32	4
	Ja-Stimmende	89	7	4
	Nein-Stimmende	49	46	5
„Alle Familien sollen – unabhängig vom Erziehungsmodell – finanziell entlastet werden. Der Kinderabzug auf Bundesebene gewährleistet das.“	Total	43	51	6
	Ja-Stimmende	79	17	4
	Nein-Stimmende	23	70	6
Kontra-Argumente		Einverstan-	Nicht einver-	Weiss nicht
		den	standen	
„Die höheren Kinderabzüge sind ein Steuergeschenk für die reichsten Familien.“	Total	65	30	5
	Ja-Stimmende	35	61	5
	Nein-Stimmende	83	12	5
„Wegen der Senkung der Bundessteuern ist mit hohen Steuerausfällen zu rechnen. Das können wir uns im Moment erst recht nicht leisten.“	Total	50	43	7
	Ja-Stimmende	29	66	6
	Nein-Stimmende	62	30	8

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 64% aller Stimmenden (sowie 89% aller Ja-Stimmenden bzw. 49% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach der Kinderabzug auf Bundesebene gewährleistet, dass alle Familien – unabhängig vom Erziehungsmodell – finanziell entlastet werden, bei. 32% aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 4% antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 1'080, Ja-Stimmende 373, Nein-Stimmende 707.

Wie die Auswertung der Motivangaben schon zeigte, dominierte bei dieser Abstimmung das Steuergeschenk-Argument. Tatsächlich erzielte dieses **Kontra-Argument** („Die höheren Kinderabzüge sind ein Steuergeschenk für die reichsten Familien.“) eine satte Zweidrittelmehrheit (65%) unter allen Stimmentenden. 83 Prozent der Nein-Stimmenden teilten diese Auffassung und selbst etwas mehr als Drittel der Ja-Stimmenden (35%) sah dies auch so.

Verblüffend sind indessen die Zustimmungszahlen zum «Corona-Argument», wonach man sich die mit den Kinderabzügen verbundenen Steuerausfälle im Moment nicht leisten könne. Tatsächlich zeigte sich die Hälfte der Stimmentenden mit dieser Einschätzung einverstanden. Bei den Nein-Stimmenden sind es 62 Prozent, während es bei den Ja-Stimmenden 29 Prozent sind, die der obigen Aussage beipflichteten. Man könnte angesichts dieser Zahlen denken, dass die COVID-19-Situation den Ausgang der Abstimmung erheblich beeinflusste. Tatsächlich gaben aber nur 15 Prozent aller Stimmentenden an, dass sich die Pandemiesituation auf ihren Entscheid zu den Kinderabzügen auswirkte. Bei jenen, die einen «COVID-19-Effekt» bei ihrem Entscheid kolportierten, ist die Zustimmung zum obigen Argument auch höher (leichter Einfluss: 63 bzw. starker Einfluss: 89%). Aber selbst 46 Prozent jener, die ihren eigenen Entscheid unbeeinflusst von der COVID-19-Situation sahen, waren der Ansicht, dass man sich diese Steuerausfälle derzeit nicht leisten könne. Die plausibelste Interpretation dieser Befunde lautet, dass eine erhebliche Zahl der Stimmentenden die Kinderabzüge nicht wegen den drohenden Steuerausfällen ablehnte, sondern aus anderen Gründen. Der Umstand, dass die Vorlage zu «Unzeiten» auch noch Steuerausfälle zur Folge hätte, war für diese Stimmentenden noch ein *weiteres, aber bloss sekundäres* Motiv für ihre ablehnende Haltung.

7. Änderung des Erwerbsersatzgesetzes

Die Ausgangslage

Das geltende Bundesrecht sieht für Väter einen Anspruch auf Urlaub im Rahmen der «üblichen freien Tage» (konkret: ein oder zwei Tage) bei der Geburt des Kindes vor. Das Initiativkomitee «Vaterschaftsurlaub jetzt!»²⁶ wollte dies ändern und reichte im Sommer 2017 die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» ein. Das Begehren verlangte einen im Bundesrecht verankerten, vierwöchigen Vaterschaftsurlaub mit Anspruch auf Erwerbsersatz. Der Bundesrat empfahl den eidgenössischen Räten in seiner Botschaft, die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag abzulehnen. Indes erarbeitete die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SKG-S) daraufhin einen indirekten Gegenvorschlag aus, der einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub vorsah und von beiden Räten in der Schlussabstimmung angenommen wurde. Als Folge davon zogen die Initiantinnen und Initianten ihr Begehren unter der Bedingung, dass der indirekte Gegenvorschlag in Kraft tritt, zurück («bedingter Rückzug» der Initiative). Ein überparteiliches Komitee, primär zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der SVP und den Jungfreisinnigen, ergriff gegen die Änderung des Erwerbsersatzgesetzes erfolgreich das Referendum, womit das Stimmvolk das letzte Wort hatte.

Weite Teile des rechtsbürgerlichen Lagers (SVP, FDP und EDU)²⁷ bekämpften die Vorlage, während sie von den (allermeisten) restlichen Parteien (BDP, CVP, EVP, GLP, GPS, SP) unterstützt wurde. Arbeitnehmer- und Angestelltenverbände wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), Travail.Suisse und der VPOD stellten sich ebenfalls hinter die Vorlage, während der Schweizerische Gewerbeverband das Anliegen ablehnte.

Die Stimmenden hiessen die Vorlage am 27. September 2020 mit einem Ja-Stimmenanteil von 60.3 Prozent gut. Zehn Kantone aus der Ost- und Innerschweiz lehnten den Vaterschaftsurlaub indessen mehrheitlich ab.

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Es waren nicht bloss junge Männer (und somit potentielle Nutzniesser der Vorlage), welche die Vorlage annahmen. Dies alleine hätte auch niemals für eine derart komfortable Mehrheit ausgereicht. Tatsächlich stimmten Männer im Alter zwischen 18 und 39 Jahren der Vorlage zwar überdurchschnittlich häufig zu (77%). Aber noch deutlicher wurde die Vorlage von jungen Frauen unterstützt. Bei den 18-29-jährigen Frauen betrug der Ja-Stimmenanteil gar 89 Prozent. Hinzu kommt, dass der Ja-Stimmenanteil bei den Frauen mit zunehmendem Alter weniger drastisch zurückgeht als bei den Männern. Selbst bei den 60-69-jährigen Frauen stiess der Vaterschaftsurlaub auf grossmehrheitliche Sympathien (67% Zustimmung). Gleichaltrige Männer unterstützten die Vorlage hingegen «nur» noch mit 51 Prozent.

Das Bildungsniveau spielte eine gewisse, wenn auch nicht allzu prägende Rolle: Je höher der formale Schulabschluss, desto wahrscheinlicher war auch eine Zustimmung zur Vorlage. Auch die Erwerbstätigkeit war von gewisser Bedeutung für den Entscheid. Selbständige, die wohl mehrheitlich ein KMU führen, lehnten den Vaterschaftsurlaub mit 59 Prozent Nein-Stimmenanteil ab, während etwa Angestellte (68% Zustimmung) und insbesondere Nicht-Erwerbspersonen in der Ausbildung (v.a. Studierende, 93% Zustimmung) die Vorlage wuchtig annahmen.

²⁶ Dieses Initiativkomitee ist im Wesentlichen ein Zusammenschluss der Dachverbände Travail.Suisse, männer.ch, Alliance F und Pro Familia Schweiz.

²⁷ Eine nicht unbedeutende Anzahl kantonaler Sektionen der FDP und der SVP – hauptsächlich aus der lateinischen Schweiz – wich indessen von der Empfehlung der nationalen Delegiertenversammlung ab (siehe: <https://swissvotes.ch/vote/634.00>).

Tabelle 7-1: Ja-Stimmenanteil nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	60	1213	
Alter und Geschlecht kombiniert			V = 0.28***
Frau: 18-29 Jahre	89	67	+/-7.5
Frau: 30-39 Jahre	73	38	+/-14.1
Frau: 40-49 Jahre	65	81	+/-10.4
Frau: 50-59 Jahre	60	136	+/-8.2
Frau: 60-69 Jahre	67	129	+/-8.1
Frau: 70 Jahre und älter	44	157	+/-7.8
Männer: 18-29 Jahre	77	65	+/-10.2
Männer: 30-39 Jahre	77	51	+/-11.5
Männer: 40-49 Jahre	71	77	+/-10.1
Männer: 50-59 Jahre	50	111	+/-9.3
Männer: 60-69 Jahre	51	118	+/-9.0
Männer: 70 Jahre und älter	38	183	+/-7.0
Äquivalenzeinkommen			V = 0.11*
1. Quartil (bis 3500 CHF)	53	244	+/-6.3
2. Quartil (3501-4750 CHF)	67	233	+/-6.0
3. Quartil (4751-6749 CHF)	59	280	+/-5.8
4. Quartil (>6749 CHF)	66	280	+/-5.5
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.20***
Ohne nachobligatorische Bildung	57	95	+/-10.0
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	50	481	+/-4.5
Maturität/höhere Berufsbildung	62	281	+/-5.7
Fachhochschule/Uni/ETH	73	353	+/-4.6
Erwerbsstatus			V = 0.26***
Selbständig	41	94	+/-9.9
Angestellt	68	524	+/-4.0
Andere Erwerbspersonen	64	41	+/-14.7
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	93	59	+/-6.5
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	47	426	+/-4.7
Hausfrau/Hausmann	56	48	+/-14.0
Andere Nicht-Erwerbspersonen	69	19	+/-20.8

Ausschlaggebend für den Entscheid waren allerdings nicht soziale, sondern abermals politische Merkmale. Von Bedeutung war zunächst die Links-Rechts-Selbsteinstufung: Das Linksaussen-Lager stimmte beinahe geschlossen (95%) für die Gesetzesrevision. Die Zustimmung verringerte sich indes, je weiter rechts man sich einstuft. Im gemässigt linken Lager betrug der Ja-Stimmenanteil hohe 86 Prozent, in der Mitte fiel er bereits auf 55 Prozent, um rechts der Mitte unter die 50-Prozent-Marke zu sinken. Rechtsaussen stimmte nur noch rund ein Viertel (27%) zugunsten der Vorlage. Das gleiche Bild präsentiert sich, wenn der Entscheid nach Parteiidentität aufgeschlüsselt wird: In den Anhängerschaften von SP, GLP und Grünen gab es so gut wie keine Opposition gegen den Vaterschaftsurlaub (zwischen 80 und 88% Ja-Stimmenanteile). Die Anhängerschaften der FDP und CVP waren hingegen stärker gespalten: Bei den CVP-Sympathisierenden stimmte eine knappe Mehrheit (57%) zugunsten des Vaterschaftsurlaubs, während das Stimmenverhältnis in der FDP-Gefolgschaft ausgeglichen war (49% Zustimmung). Chancenlos war der Vaterschaftsurlaub indessen in der SVP-Anhängerschaft: Nur etwas mehr als ein Fünftel (22%) war dafür.

Wenig verwunderlich stand der Ausbau eines Sozialwerkes auch in starkem Zusammenhang mit der generellen Haltung zum Sozialstaat: Wer einen stark ausgebauten Sozialstaat wünscht, hiess den Vaterschaftsurlaub grossmehrheitlich gut (73%), während Personen mit einer gegenteiligen Haltung die Vorlage mit 70 Prozent Nein-Stimmenanteil ablehnten.

Einen Einfluss der COVID-19-Situation auf den eigenen Entscheid verneinten die meisten Stimmenden (87%). Nur ganz wenige (3%) bekannten, dass ihr Entscheid *stark* beeinflusst gewesen sei von der gegenwärtigen Pandemiesituation. Diese wenigen Stimmenden legten in der Folge meist ein Nein (82%) in die Urnen, was darauf schliessen lässt, dass sie nicht grundsätzlich gegen eine Einführung eines Vaterschaftsurlaubs waren, diesen aber aufgrund der aktuellen finanziellen Krisensituation ablehnten. Da es sich aber bei diesen Stimmenden um eine äusserst kleine Minderheit (3% der Stimmenden) handelte, blieb ihr Stimmverhalten ohne Folgen für den Abstimmungsausgang.

Tabelle 7-2: Ja-Stimmenanteil nach politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	60	1213	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.43***
Linksaussen (0-2)	95	114	+/-4.0
Links (3-4)	86	249	+/-4.3
Mitte (5)	55	399	+/-4.9
Rechts (6-7)	48	251	+/-6.2
Rechtsaussen (8-10)	27	134	+/-7.5
Parteisympathie			V = 0.43***
FDP	49	200	+/-6.9
CVP	57	118	+/-8.9
SP	85	198	+/-5.0
SVP	22	155	+/-6.5
GLP	80	100	+/-7.8
Grüne	88	112	+/-6.0
andere Partei	56	55	+/-13.1
keine	60	275	+/-5.8

Wertehaltung: stark ausgebauter Sozialstaat vs. Gering ausgebauter Sozialstaat			V = 0.30***
Stark ausgebauter Sozialstaat	73	682	+/-3.3
gemischte Wertehaltungen	52	396	+/-4.9
Gering ausgebauter Sozialstaat	30	103	+/-8.9

Die Motive

Für die **Ja-Stimmenden** stand die Beziehung zwischen Vater und Kind im Vordergrund. Tatsächlich gaben 31 Prozent von ihnen im Wesentlichen an, sie wollten den Vätern mit ihrem Votum die Möglichkeit geben, (unmittelbar) nach der Geburt für ihr Kind da zu sein. Darunter haben wir Aussagen wie «Ich gönne es den Vätern», «Die ersten zwei Wochen nach der Geburt sind wichtig für die Beziehung zwischen Vater und Kind», aber auch «Der Vaterschaftsurlaub kommt dem Vater und auch dem Kind zugute» subsumiert. Das Motiv war vor allem bei den Mitte- und Rechtswählenden beliebt, während Linkswählende es etwas seltener anführten. Etwa ein Fünftel der Ja-Stimmenden (21%) begründete ihren Entscheid damit, dass der Vaterschaftsurlaub überfällig oder in den meisten anderen Staaten längst eingeführt worden sei (z.B. «Wir hinken hinterher»). Für diese Stimmenden ist der Vaterschaftsurlaub eine Selbstverständlichkeit, der inhaltlich nicht weiter begründet werden muss. Diese Motivgruppe umfasst vor allem Stimmende, die sich links der Mitte einstufen. Etwa gleich viele Angaben (20% aller Erstnennungen) bezogen sich auf die Forderung der Gleichstellung von Frau und Mann. Allerdings gab es Nuancen: Rund zwölf Prozent aller Erstnennungen forderten *gleiches Recht* für Frau und Mann (z.B. folgende Aussage: «Das Kind gehört ja beiden und es ist nur fair, dass der Vater auch Ferien bekommt.»), während der Fokus von acht Prozent aller Erstnennungen auf den gleichen «elterlichen Pflichten» lag, die letztlich zu einer Entlastung der Mütter führen sollte. In eine ähnliche Richtung gehen auch jene neun Prozent, die generell eine stärkere Einbindung der Väter ins Familienleben fordern. Diese Forderung wurde von Frauen häufiger gestellt (11%) als von Männern (7%). Sodann gibt es zwischen den verschiedenen Altersgruppen markante Unterschiede, aber nur bei den Frauen: Junge Frauen (18-29 Jahre) begründeten ihre Zustimmung selten einmal (3%) mit der besseren Einbindung der Väter ins Familienleben, während dies eines der häufigsten Motive älterer Frauen war (60-69 Jahre: 19%; über 70 Jahre: 17%).

Vier Prozent wiesen bei der Begründung ihres Stimmmotivs darauf hin, dass die vorgelegte Lösung finanziell verkraftbar und fair sei. Ansonsten wurden kaum weitere Motive genannt.

Tabelle 7-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Bezug zu Vater/Kind-Beziehung	31	255	41	335
Zugunsten Vater («Gönne es den Vätern»)	25	208	30	246
Kommt den Kindern zugute	5	39	9	79
Anderes zu Vater/Kind-Beziehung	1	8	2	10
Vaterschaftsurlaub ist überfällig («Wir hinken hinterher», «Es war höchste Zeit»)	21	175	29	244
Bezug zu Gleichberechtigung Frau/Mann	20	168	39	328
Männer sollen die gleichen Rechte haben wie Frauen («Gleiches Recht für alle»)	12	100	21	174
Männer sollen die gleichen Pflichten zuhause haben wie Frauen («Sollen Mutter unterstützen»)	8	68	19	154
Stärkere Einbindung des Vaters in die Familie («Vater soll sich auch um Kinder kümmern»)	9	75	14	118
Pragmatische/ finanziell machbare Lösung («Können wir uns leisten»)	4	36	10	80
Massnahme zur Steigerung der Geburtenrate	1	8	1	10
Allgemeines (man muss etwas tun, gute Sache, etc.)	7	60	10	80
Diverse Motive	4	31	8	69
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, Verbände, andere)	1	9	1	9
Verwechslungen	<1	4	1	5
Weiss nicht / keine Antwort	1	10	1	10
Total	100	832	155	1288

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Motiven** standen die Kosten im Vordergrund. Für vier von zehn Ablehnenden (Erstnennungen) und gar für 56 Prozent (Erst- und Zweitnennungen zusammengekommen) waren die Kosten eines Vaterschaftsurlaubs zu hoch. Einige präzisierten zudem, warum bzw. für welche Unternehmen die Kosten zu hoch waren: Sechs Prozent befürchteten, dass KMUs dies finanziell nicht verkraften könnten, während drei Prozent die Einführung des Vaterschaftsurlaubs unter den gegenwärtigen Bedingungen («Corona-Krise») für finanziell unverantwortlich erachteten. Rund ein Viertel der Nein-Stimmenden (24%) war prinzipiell gegen einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub, sei es, weil sie die Dauer für zu kurz hielten, weil sie darin einen unnötigen «Kurzurlaub» für Väter sahen oder sei es, weil es ihrer Ansicht nach früher auch ohne Vaterschaftsurlaub ging. Ein weiteres Sechstel der Nein-Stimmenden argumentierte ebenfalls grundsätzlich: Sie führten an, dass sich der Staat in Familienangelegenheiten prinzipiell nicht einmischen solle bzw. die Väter, wenn sie nach der Geburt mit ihrem Kind zusammen sein wollten, doch Ferien nehmen sollen.

Vier Prozent hielten die zweiwöchige Dauer des Vaterschaftsurlaubes für zu lang, während sieben Prozent der Nein-Stimmenden sich in sehr genereller Manier äusserten. Einige Wenige (2%) waren zudem der Ansicht, dass die Mutter primär für die Kinderbetreuung zuständig sei und sich demnach ein Vaterschaftsurlaub erübrige.

Tabelle 7-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Bezug zu Finanzierung («Zu teuer», «Können uns das nicht leisten», «KMU können sich das nicht leisten», «Corona»)	40	152	56	215
Zweifel am Nutzen («2 Wochen bringen wenig», «Ferien für Väter», «Ging früher auch ohne»)	24	92	34	131
Rolle des Staates («Ferien sollen freiwillig sein», «Staat soll sich generell nicht einmischen in Familienpolitik»)	15	57	24	91
Bezug zu Dauer des Vaterschaftsurlaubs («2 Wochen sind zu viel»)	4	14	5	19
Familien-/ Frauenbild («Mutter ist zuständig für Kinderbetreuung»)	2	9	4	15
Massnahme zur Senkung der Geburtenrate	2	8	4	14
Allgemeines (geht nicht, zu radikal, etc.)	7	26	10	36
Diverse Motive	3	10	6	23
Verwechslung	1	4	1	4
Weiss nicht / keine Antwort	3	11	3	11
Total	100	381	147	559

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Wenig umstritten war das **Pro-Argument**, wonach der Vaterschaftsurlaub den Kindern zugutekäme. Etwa drei Viertel aller Stimmenden (74%) waren der Ansicht, dass die neu eingeführte «Papizeit» vor allem den Kindern zum Vorteil gereiche. Beinahe alle Ja-Stimmende (96%) teilten diese Ansicht, während die Nein-Stimmenden dies offenbar etwas skeptischer sahen (40% Zustimmung). Generell waren ältere Stimmende vom Nutzen der Vorlage für das Wohl des Kindes weniger überzeugt als jüngere Stimmende.

Dass der Vaterschaftsurlaub ein kleiner Schritt zur Gleichberechtigung von Frau und Mann sei, ist eine ebenfalls weit verbreitete Sichtweise (67% Zustimmung). Männer stimmten dieser Aussage im Übrigen etwa gleich häufig (66%) zu wie Frauen (68%). Unterschiede in der Zustimmung gab es hingegen wiederum zwischen den verschiedenen Altersgruppen: Ältere Stimmende pflichteten dem obigen Statement weniger oft zu als jüngere Stimmende. Aber gleichwohl vermochte das Gleichstellungs-Argument in allen Altersgruppen eine Mehrheit zu erzielen.

Zuletzt hielt eine satte Zweidrittelmehrheit (66%) die Gesetzesrevision für eine bezahlbare Lösung, die man sich leisten könne. Kurz, die Argumente des Pro-Lagers fanden grossmehrheitlich Anklang, was sich letztlich auch im ziemlich deutlichen Abstimmungsergebnis widerspiegelte.

Tabelle 7-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstan-	Nicht einver-	Weiss nicht
		den	standen	
„Der Vaterschaftsurlaub kommt den Kindern zugute.“	Total	74	25	1
	Ja-Stimmende	96	4	0
	Nein-Stimmende	40	57	3
„Der Vaterschaftsurlaub ist ein kleiner Schritt zur Gleichstellung von Frau und Mann.“	Total	67	31	2
	Ja-Stimmende	90	9	1
	Nein-Stimmende	32	64	3
„Der Vaterschaftsurlaub ist eine bezahlbare Lösung, die wir uns leisten können.“	Total	66	32	2
	Ja-Stimmende	96	3	1
	Nein-Stimmende	20	76	4
Kontra-Argumente		Einverstan-	Nicht einver-	Weiss nicht
		den	standen	
„Es ist ungerecht, dass alle Erwerbstätigen den Vaterschaftsurlaub von einigen wenigen mitfinanzieren müssen.“	Total	33	63	3
	Ja-Stimmende	13	84	3
	Nein-Stimmende	64	32	4
„Eine weitere Belastung von unseren Sozialwerken können wir uns gerade wegen der Corona-Krise nicht leisten.“	Total	35	60	5
	Ja-Stimmende	14	81	4
	Nein-Stimmende	66	28	6
„Grosskonzerne können sich den Vaterschaftsurlaub mit ihren Milliardengewinnen leisten. Aber für KMUs ist der Vaterschaftsurlaub weder finanziell noch organisatorisch verkraftbar.“	Total	55	41	4
	Ja-Stimmende	36	60	4
	Nein-Stimmende	85	12	3

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 74% aller Stimmenden (sowie 96% aller Ja-Stimmenden bzw. 40% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach der Vaterschaftsurlaub den Kindern zugutekomme, bei. 25% aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 1% antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 1'213, Ja-Stimmende 832, Nein-Stimmende 381.

Die **Kontra-Argumente** hatten hingegen einen schweren Stand bei den Stimmenden. Das «Fairness»-Argument, wonach es ungerecht sei, dass alle Erwerbstätigen den Vaterschaftsurlaub von einigen wenigen mitfinanzieren müssten, kam nicht sonderlich gut an: Nur rund ein Drittel sah in der Erhöhung des Beitragssatzes für die Erwerbsersatzordnung um 0.5 Promille für alle Erwerbstätigen eine unfaire Massnahme. Tatsächlich gibt es Unterschiede einerseits zwischen den Altersgruppen – jüngere Stimmende, die vom neu eingeführten Vaterschaftsurlaub eher profitieren könnten, wiesen den Vorwurf der Unfairness eher zurück als ältere Stimmende – und andererseits zwischen Stimmenden mit minderjährigen Kindern im Haushalt (21% Zustimmung) und solchen ohne (37%). Indes, um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Wenngleich es Unterschiede gab, so fand das Argument in so gut wie keiner Merkmalsgruppe eine mehrheitliche Unterstützung.

Die Pandemie-Situation und der daraus folgende Lockdown haben die finanzielle Situation vieler Haushalte tangiert. Eines der Argumente der Gegnerschaft lautete deshalb, dass sich die Schweiz eine weitere Belastung der Sozialwerke gerade wegen der Corona-Krise nicht leisten könne. Eine Mehrheit (60%) aller Stimmenden sah dies indessen anders. Nein-Stimmende waren zwar zu zwei Dritteln (66%) von diesem Argument überzeugt, aber die vorangegangene Motivanalyse zeigte bereits, dass die finanzielle Krisensituation während der Pandemie ihren Entscheid wohl nur in den seltensten Fällen massgeblich beeinflusste. Die Krise hat die Stimmabsicht dieser Gruppe von Teilnehmenden wohl nur verstärkt.

Ein Kontra-Argument fand indessen Anklang bei einer Mehrheit der Stimmenden. 55 Prozent war mit der Aussage einverstanden, wonach sich Grosskonzerne den Vaterschaftsurlaub dank ihren Milliardengewinnen leisten können, während KMUs dies weder finanziell noch organisatorisch verkraften könnten. 85 Prozent der Nein-Stimmenden sahen die KMUs ebenfalls als Leidtragende des Vaterschaftsurlaubs, aber selbst 36 Prozent der Ja-Stimmenden stellten dies nicht in Abrede. Diese Ja-Stimmenden nahmen die allenfalls drohenden finanziellen Probleme bei den KMUs offenbar in Kauf.

8. Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Die Ausgangslage

Obwohl auf eidgenössischer Ebene grundsätzlich kein Rüstungs- oder allgemeines Finanzreferendum vorgesehen ist, wurde dem Stimmvolk am 27. September 2020 ein Rüstungsprojekt zum Entscheid vorgelegt. Zu dieser Abstimmung kam es prinzipiell, weil die bestehende Kampffjetflotte 2030 an ihr Nutzungsende angelangt sein wird. Als Ersatz für einen Teil der Flotte waren ursprünglich 22 neue Kampffjets des Typs «Gripen E» vorgesehen, für dessen Finanzierung im Herbst 2013 ein Spezialfonds geschaffen wurde. Gegen dieses «Gripen-Fonds-Gesetz» wurde indessen ein Referendum ergriffen, das letztlich an der Urne erfolgreich war: Das Stimmvolk lehnte den besagten Spezialfonds am 18. Mai 2014 mit 53.4 Prozent Nein-Stimmen ab. Bundesrat und Parlament nahmen daraufhin einen erneuten Anlauf und beschlossen, bis 2030 neue Kampfflugzeuge zu beschaffen, wofür maximal sechs Milliarden Franken vorgesehen sind. Um dem Volk das letzte Wort zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu geben, legte der Bundesrat dem Parlament den Kredit in Form eines referendumsfähigen Planungsbeschlusses vor. Das Parlament genehmigte den Beschluss, gegen welchen in der Folge von Seiten der GSoA, der SP und der Grünen das Referendum ergriffen wurde. Im Gegensatz zur Gripen-Abstimmung vom Mai 2014 entschied das Stimmvolk am 27. September 2020 indessen nicht über den Flugzeugtyp oder die Anzahl Kampfflugzeuge, sondern lediglich über den Kredit zur Beschaffung der Kampfflugzeuge.

Das Konfliktmuster des Abstimmungskampfes entsprach dem von früheren Armeeabstimmungen hinlänglich bekannten klassischen Konflikt zwischen Links und Rechts: SP und Grüne sowie die Gruppe für einen Schweiz ohne Armee (GSoA) bekämpften die Vorlage, während die Mitte-Parteien, darunter auch die GLP, welche bei der Gripen-Abstimmung noch im gegnerischen Lager war, und die rechten Parteien den Planungsbeschluss unterstützten. Das Ergebnis an der Urne fiel denkbar knapp aus: 50.1 Prozent der Stimmenden legten ein Ja in die Urnen. Leidglich rund 8'700 Stimmen machten am Ende den Unterschied aus.

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund des äusserst knappen Stimmausganges allerlei Merkmale (z.B. Geschlecht) ausfindig gemacht werden können, bei denen die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Ausprägungen (z.B. Frauen vs. Männer) unterschiedlich ausfielen. Daraus werden in den Medien oftmals plakative Aussagen abgeleitet wie beispielsweise «Männer haben die Frauen überstimmt» (o.ä.). Solche Aussagen sind nicht an sich falsch, aber sie erwecken den Eindruck, als ob Männer geschlossen für die Kampffjets gestimmt hätten, während die Frauen fast ausnahmslos dagegen gewesen waren. Dieser Eindruck ist indessen falsch. Zwar hat eine Mehrheit der Männer (55%) die Vorlage angenommen, aber fast die Hälfte von ihnen (45%) stimmte dagegen. Umgekehrt verwarf eine knappe Mehrheit der Frauen (55%) die Vorlage, aber fast die Hälfte (45%) legte ein Ja in die Urnen.²⁸ Ähnlich verhält es sich mit dem Alter und dem Bildungsniveau: Jüngere Stimmende (18-39 Jahre) und solche mit hohem Bildungslevel verwarfen den Planungsbeschluss mit einer knappen Mehrheit, während ältere Stimmende und Bildungsferne die Vorlage knapp mehrheitlich annahmen. Kurz, die Beschaffung der Kampffjets war in den meisten Merkmalsgruppen eine knappe Angelegenheit.

²⁸ Im Vergleich zur Gripen-Abstimmung (2014) hat sich im Stimmverhalten der Männer und Frauen im Übrigen wenig geändert. Damals stimmten 42 Prozent der Frauen dem Gripen-Fonds-Gesetz zu, während dieser Anteil bei den Männer 53 Prozent betrug.

Tabelle 8-1: Ja-Stimmenanteil nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	50	1216	
Geschlecht			V = 0.10**
Männer	55	619	+/-3.9
Frauen	45	597	+/-4.0
Alter			V = 0.17***
18-29 Jahre	45	132	+/-8.5
30-39 Jahre	34	88	+/-9.9
40-49 Jahre	43	152	+/-7.9
50-59 Jahre	53	248	+/-6.2
60-69 Jahre	54	248	+/-6.2
70 Jahre und älter	61	348	+/-5.1
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.15***
Ohne nachobligatorische Bildung	57	99	+/-9.8
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	58	482	+/-4.4
Maturität/höhere Berufsbildung	48	278	+/-5.9
Fachhochschule/Uni/ETH	41	354	+/-5.1

Wie bei den anderen vier Vorlagen vom 27. September 2020 war auch bei der Frage der Beschaffung von Kampfjets die politische Gesinnung von weit grösserer Bedeutung als soziale Merkmale. Dabei bildete das Lager der Linksaussen-Stimmenden wie bei den restlichen vier Vorlagen des Abstimmungswochenendes einen fast schon monolithischen Block:²⁹ 89 Prozent verwarfen den Planungsbeschluss. Im gemässigt linken Lager lehnten drei von vier Stimmenden die Beschaffung der Kampfjets ab, während das Mitte-Lager die Vorlage mehrheitlich (60%) annahm. Rechts der Mitte waren die Kampfjets wenig umstritten und erzielten Ja-Stimmenanteile von über 70 Prozent. Dieser klassische Links-Rechts-Konflikt wird auch dann sichtbar, wenn wir die Zustimmungsraten in den einzelnen Parteianhängerschaften näher betrachten. Bei den Grünen- und den SP-Sympathisierenden fiel der Planungsbeschluss klar durch: Bloss zwölf (Grüne) bzw. 21 Prozent (SP) der Anhängerschaften unterstützten das Rüstungsprojekt. Auch bei den GLP-Sympathisierenden fand die Vorlage keine Mehrheit (60% Nein).³⁰ In der CVP betrug der Ja-Stimmenanteil indessen bereits 62 Prozent. Noch höher war dieser Anteil bei den Anhängerschaften der FDP (75%) und SVP (78%).

²⁹ Tatsächlich legten 75 Prozent jener, die sich linksausen einstufen, und bei allen fünf zu befindenden Vorlagen materiell abstimmen (also nicht leer einlegten), *exakt die gleiche* Kombination ein: Ein Ja zum Vaterschaftsurlaub und ansonsten vier Mal ein Nein. In keinem anderen ideologischen Block gab es auch nur *annähernd* einen derart hohen Anteil von Stimmenden, die genau dieselbe Stimmkombination wählte.

³⁰ Bei der Abstimmung über das Gripen-Fond-Gesetz (2014), bei welchem die GLP die Federführung im liberalen Nein-Komitee hatte, betrug der Ja-Stimmenanteil unter den GLP-Sympathisierenden 23 Prozent.

Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, für wie notwendig sie den Einsatz der Schweizer Armee während der Corona-Krise hielten. Zunächst ist festzuhalten, dass eine sehr deutliche Mehrheit (88%) des Stimmvolks den Einsatz für nötig oder zumindest eher nötig hält. Die Einschätzung korreliert zudem stark mit dem Entscheid. Jene, die den Armeeinsatz während der Pandemie für unnötig oder eher unnötig hielten, lehnten auch den Planungsbeschluss in Bausch und Bogen ab. Tatsächlich gab es selbst im Stimmverhalten zwischen jenen, die den Einsatz lauwarm unterstützten, («eher nötig») und jenen, die dies mit grösserer Überzeugung taten («nötig»), Unterschiede. Letztere legten zu 59 Prozent ein Ja in die Stimmurnen, während erstere die Beschaffung der Kampfjets mehrheitlich (54%) ablehnten. Ob der Armeeinsatz während der Corona-Krise der Vorlage zum (knappen) Erfolg verhalf, bleibt aber Spekulation. Denn die Einschätzung des Nutzens dieses Armeeinsatzes ist wiederum stark von der politischen Gesinnung abhängig. Mit anderen Worten: Es ist durchaus denkbar, dass sowohl die Nutzeneinschätzung des Armeeinsatzes wie auch der Stimmentscheid von tiefer liegenden Haltungen (Links-Rechts-Selbsteinstufung, Pazifismus) bestimmt wurde.

Die Pandemiesituation war – wie viele andere Faktoren – möglicherweise auch ein Grund dafür, dass das Resultat am Ende derart knapp ausfiel. Denn jene Stimmenden, die angaben, dass diese Situation einen Einfluss auf ihren Entscheid hatte, legten zu über 60 Prozent ein Nein ein. Anzunehmen ist, dass es primär die finanzielle (Krisen-)Situation war, welche diese Stimmenden zu einem Nein zur Beschaffung der Kampfjets bewog.

Tabelle 8-2: Ja-Stimmenanteil nach politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	50	1216	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.47***
Linksaussen (0-2)	11	114	+/-5.7
Links (3,4)	25	244	+/-5.4
Mitte (5)	60	403	+/-4.8
Rechts (6,7)	71	250	+/-5.6
Rechtsaussen (8-10)	78	135	+/-7.0
Parteisympathie			V = 0.46***
FDP	75	202	+/-6.0
CVP	62	123	+/-8.6
SP	21	197	+/-5.7
SVP	78	158	+/-6.5
GLP	40	96	+/-9.8
Grüne	12	110	+/-6.1
andere Partei	66	54	+/-12.6
keine	54	276	+/-5.9
Einschätzung Nutzen Armeeinsatz während Pandemie			V = 0.24***
unnötig	25	32	+/-15.0
eher unnötig	18	78	+/-8.5
eher nötig	45	411	+/-4.8
nötig	59	678	+/-3.7

Einschätzung Einfluss der Pandemiesituation auf den Entscheid			V = 0.11**
überhaupt kein Einfluss	52	1032	+/-3.0
ein wenig	38	123	+/-8.6
starker Einfluss	37	57	+/-12.5

Die Motive

Sowohl die Ja- wie auch die Nein-Motive waren vielschichtig. Bei den **Ja-Motiven** können zunächst Motivnennungen ausgemacht werden, die zu erkennen geben, dass die Zielperson *grundsätzlich hinter der Armee steht*. Diese Motivangaben machen 44 Prozent aller Erstnennungen aus. Bei genauer Betrachtungsweise wird deutlich, dass sechs Prozent der Ja-Stimmenden ihren Entscheid damit begründeten, dass sie für die Armee seien. Das ist insofern aufschlussreich, als Armeeabstimmungen seit 1989 (erste Abstimmung über die Abschaffung der Armee) eine gewisse Tradition haben und die Armee für eine nicht unerhebliche Zahl von Stimmenden eine fast schon identitätsstiftende Funktion hat. 17 Prozent aller Ja-Stimmenden unterstützen die Armee ebenfalls, hoben aber bei der Begründung ihres Entscheids die Notwendigkeit einer Luftverteidigung explizit hervor («Es braucht eine Kampffliegerflotte»). Darin sind auch vereinzelte Aussagen enthalten, welche die (zusätzlichen) luftpolizeilichen Aufgaben der Luftwaffe betonten. Zuletzt argumentierte rund ein Fünftel aller Ja-Stimmenden (21%), dass die Armee auf eine moderne, funktionstüchtige Luftwaffe angewiesen sei. So sagten einige unter ihnen beispielsweise, dass man der Armee, wenn man sie schon unterstütze, ihr auch das bestmögliche Material zur Verfügung stellen sollte – andernfalls könnte man die Armee gleich ganz abschaffen.

Weitere 21 Prozent der Erstnennungen bezogen sich auf die Sicherheit und Neutralität des Landes. Zehn Prozent entfielen dabei auf den Sicherheitsbezug, während acht Prozent mit ihrem Votum verhindern wollten, dass die Schweiz bei der Landesverteidigung und luftpolizeilichen Aufgaben auf andere Staaten angewiesen ist. Vier Prozent motivierte der Gedanke, dass die aktuelle politische Weltlage schnell ändern könne und man für einen kriegerischen Notfall gewappnet sein muss. Weitere sieben Prozent der Ja-Stimmenden gaben als primäres Motiv an, sie seien entweder selbst eng mit dem Militär verbunden (z.B. (ehemaliger) Kampfpilot, Offizier, als Militärangehöriger mit der Luftwaffe zu tun gehabt) oder ihr Partner sei im Militär. Hinzu kommen weitere zwei Prozent, welche diesen persönlichen Bezug als sekundäres Motiv angaben. Insgesamt neun Prozent der Ja-Stimmenden haben demnach eine emotionale, persönliche Bindung zur Armee und unterstützten sie bei der Abstimmung über den Beschaffungskredit hauptsächlich deswegen.

Sieben Prozent der Ja-Stimmenden machten bei der Begründung ihres Entscheids gewissermassen prophylaktisch geltend, dass die 6 Mia. CHF aus dem ordentlichen Armeebudget stammen und andere Staatsaufgaben durch die Beschaffung demnach nicht weniger Geld erhalten würden. Das Finanzierungsmodell wurde zwar nicht allzu häufig genannt, war aber möglicherweise einer der wichtigsten Gründe für den knappen Erfolg. Denn für die zwar nicht allzu zahlreichen, aber am Ende möglicherweise entscheidenden Ja-Stimmenden aus dem Lager der beiden «grünen» Parteien GLP und Grüne war das Finanzierungsmodell eines der wichtigsten Motive.³¹ Für eine kleine Minderheit von drei Prozent der Ja-Stimmenden bildete der Umstand, dass die Nutzungsdauer der bestehenden Flotte bald endet (2030), den Hauptgrund für ihre Zustimmung. Zwei Prozent der Ja-Stimmenden versprachen sich von der Beschaffung der Kampfflieger schliesslich positive Impulse für die Wirtschaft (Gegengeschäfte).

³¹ 13 Prozent (GLP) bzw. zwölf Prozent (Grüne) der beiden Parteianhängerschaften gaben dieses Motiv an, während der Anteil dieses Motivs am Total *aller* Motivnennungen lediglich sieben Prozent beträgt.

Weitere inhaltliche Motive wurden kaum genannt. Einige wenige wiesen bei der Rechtfertigung ihres Entscheids darauf hin, dass nicht das Stimmvolk, sondern die Armee über den Flugzeugtyp entscheiden sollte. Immerhin fünf Prozent aller Ja-Stimmenden gaben an, Empfehlungen gefolgt zu sein. Dabei wurde auffallend oft gesagt, dass der Entscheid aus Sympathie zur Vorsteherin des VBS (Viola Amherd, CVP) gefällt worden sei. Einzelne Bundesratsmitglieder (bzw. deren Präsentation der Vorlage) werden in den Nachbefragungen zu eidgenössischen Urnengängen eher selten namentlich als primäres Stimm-motiv genannt. Die Häufigkeit, mit der Viola Amherd genannt wurde, ist deshalb durchaus ungewöhn-lich. Ob die VBS-Vorsteherin am Ende tatsächlich den Ausschlag für das knappe Ja gab, kann indessen nicht beantwortet werden, da wir schlicht nicht wissen, ob jene Befragte, die dieses Motiv angaben, bei einem anderen VBS-Vorsteher auch tatsächlich anders entschieden hätten.

Tabelle 8-3: Entscheidgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Für eine starke/ gut ausgerüstete Armee	44	284	66	427
Allgemein: Für eine Armee	6	40	9	59
Es braucht eine Luftverteidigung	17	110	24	155
Armee ist auf funktionstüchtige, moderne Luftwaffe angewie- sen	21	134	33	213
Bezug zu Sicherheit und Neutralität	21	138	34	216
Sicherheit des Landes/ Lufthoheit wahren	10	65	14	93
Unabhängigkeit und Neutralität wahren («Schweiz soll nicht auf andere angewiesen sein bei der Wahrung der Luftho- heit»)	8	50	12	75
Unsichere Situation/ Zukunft («Kriege können schnell aus- brechen»)	4	23	7	48
Persönlicher Bezug zur Armee/ Rüstungsindustrie (Ar- meeangehöriger, Kampfpilot, Partner ist Armeeangehöri- ger, in Rüstungsindustrie werktätig)	7	44	9	57
Bezug zur Finanzierung (ordentliches Armeebudget, «Geld vorhanden»)	7	44	11	73
Dringlichkeit der Beschaffung (dringend nötiger Ersatz der alten Flotte, Nutzungsdauer endet 2030)	3	20	5	35
Ökonomische Motive («schafft/ erhält Arbeitsplätze»)	2	14	5	33
Allgemeines (man muss etwas tun, gute Sache, etc.)	3	22	4	26
Diverse Motive (z.B. «über Typ soll Armee selbst ent- scheiden»)	4	27	11	69
Empfehlungen (Bundesrat, Viola Amherd, Parteien, Ver- bände, andere)	5	32	7	46
Verwechslungen	<1	1	<1	1
Weiss nicht / keine Antwort	2	16	2	16
Total	100	642	156	999

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Stimmenden** sind zwei dominierende Motive auszumachen: Zum einen die Kosten von 6 Mia. CHF und zum anderen die Zweifel an der Notwendigkeit einer (hoch gerüsteten) Luftwaffe. 44 Prozent der Erstnennungen bezogen sich auf die Kosten. Auch hier lohnt sich indes ein detaillierter Blick auf diese erste Gruppe von Motiven: Für 22 Prozent waren die Anschaffungskosten von 6 Mia. CHF zu hoch. Ob diese Stimmenden günstigeren Fliegern zugestimmt hätten, darüber kann nur spekuliert werden. Immerhin wurde dieses Motiv aber auch von Sympathisierenden aus dem rechten Lager und der Mitte vorgebracht, die als Ganzes genommen nicht prinzipiell armeefeindlich eingestellt sind. Zehn Prozent waren der Ansicht, es gäbe für dieses Geld bessere Verwendungszwecke. Drei Prozent wiesen auf die Corona-Krise hin und deuteten zuweilen an, dass man dieses Geld lieber für Corona-Notleidende verwenden sollte. Beim Corona-Motiv gab es spektakuläre Unterschiede zwischen den Sprachregionen: In der Deutschschweiz und der Romandie wurde die Corona-Krise im Zusammenhang mit den Kosten der Anschaffung der neuen Kampfflieger nur vereinzelt (Deutschsprachige Schweiz: 2%; Französischsprachige Schweiz: 3%) genannt. In der italienischsprachigen Schweiz waren es hingegen 13 Prozent der Nein-Stimmenden, die den Planungsbeschluss primär wegen der aktuellen Krisensituation ablehnten. Wenn es bei den Abstimmungen vom 27. September 2020 einen «Corona-Effekt» gab, so am ehesten im Kanton Tessin, wo der Planungsbeschluss knapp abgelehnt wurde.

Sodann waren viele Nein-Stimmende (30%) der Meinung, dass eine moderne Luftwaffe unnötig sei für die Schweiz. Elf Prozent begründeten dies mit der veränderten Gefahren- und Risikolage: Gefahren für die Schweiz gingen heutzutage nicht mehr von einem konventionellen Luftangriff aus, sondern von Drohnen, Cyberangriffen oder Terrorismus (u.a.m.). Dagegen nützten Kampffjets indessen wenig, so diese Nein-Stimmenden. Weitere vier Prozent begründeten ihren Entscheid damit, dass die geplante Flotte der Grösse der Schweiz nicht angepasst sei. Zwei Prozent waren der Meinung, dass die Zusammenarbeit mit den benachbarten Staaten bzw. der Ruf der Schweiz als friedliches Land eine Luftwaffe obsolet mache. Elf Prozent gaben keine zusätzliche Begründung an, sondern sagten bloss, dass es Kampffjets nicht brauche. Zwei Prozent schliesslich waren nicht grundsätzlich gegen eine Luftwaffe (und betonten dies bisweilen auch im Interview), aber hielten leichtere, günstigere Flieger für luftpolizeiliche Aufgaben für ausreichend.

So wie es auf der Gegenseite prinzipielle Armeebefürwortende gab, so gab es auch auf der Nein-Seite prinzipielle Armeegegnerinnen und -gegner bzw. Pazifistinnen und Pazifisten. Sie machten 15 Prozent aller Nein-Stimmenden aus (Erst- und Zweitnennungen zusammengefasst) und stammten vornehmlich aus den Gefolgschaften der Grünen, der GLP und der SP. Der Umstand, dass das Stimmvolk nicht (zugleich) über den Flugzeugtyp befinden konnte, war indessen für die meisten weder ein primäres noch ein sekundäres Stimmmotiv. Nur drei Prozent gaben dieses Motiv als Hauptgrund an. Noch seltener wurde die Lärmbelastung durch fliegende Kampffjets als Nein-Motiv angegeben, aber für ein Prozent der Nein-Stimmenden bedeutete dies ein – und darüber hinaus sehr emotionales – Motiv, Nein zu stimmen.

Tabelle 8-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Bezug zu Finanzierung	44	251	72	411
Beschaffung zu teuer («Luxusflieger», «zu teuer»)	22	129	32	186
Geld besser anders verwenden	10	59	23	135
Kosten/Nutzen-Verhältnis unausgewogen («Viel zu viel Geld für etwas, das man nicht wirklich braucht»)	5	31	6	36
Bezug auf Corona («In der momentanen Krise zu viel Geld», «Besser für Corona-Hilfe ausgeben»)	3	15	5	28
Anderes zu Finanzierung	4	17	5	26
Notwendigkeit von Kampffliegern	30	173	52	300
Kampffjets nützen in aktueller Gefahrenlage nicht («Cyberterror», «biochemische Waffen», etc.)	11	65	19	111
Kampffjets machen für kleines Land wie CH wenig Sinn, sind zu teuer	4	24	7	38
Leichtere, günstigere Flugzeuge tun es auch	2	11	6	35
CH neutral/ eingebunden in Europa/ umringt von friedlichen Ländern	2	13	4	20
Anderes zu Notwendigkeit von Kampffliegern («Braucht es nicht»)	11	60	16	96
Armeegegner/in bzw. Pazifismus	10	60	14	82
Unsicherheit bezüglich des Flugzeugtyps («Katze im Sack», «keine US-amerikanischen Flieger»)	3	17	5	29
Lärmbelastung	1	7	1	8
Allgemeines (geht nicht, zu radikal, etc.)	5	26	6	34
Empfehlungen (Parteien, andere)	<1	1	1	6
Diverse Motive	5	27	12	69
Verwechslung	<1	1	<1	1
Weiss nicht / keine Antwort	2	13	2	13
Total	100	574	166	952

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Die Zustimmungswerte zu den in der Befragung getesteten Argumenten machen nochmals deutlich, wie knapp der Ausgang der Abstimmung war. Denn alle hier getesteten Argumente erzielten eine Mehrheit bzw. eine relative Mehrheit.

Eines der Hauptargumente der Befürworterschaft lautete, dass es neue Kampfflugzeuge brauche, um die Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz weiter gewährleisten zu können. Davon waren 53 Prozent der Stimmenden überzeugt. Diese 53 Prozent setzten sich fast ausschliesslich aus Ja-Stimmenden zusammen, denn letztere zeigten sich zu 93 Prozent mit der obigen Aussage einverstanden, während ihr kaum ein Nein-Stimmender (13%) beipflichtete. Eine beinahe ebenso tiefe Kluft öffnete sich zwischen Links und Rechts: SP- und Grünen-Sympathisierende stellten die Notwendigkeit der Erneuerung der Kampffliegerflotte grossmehrheitlich in Abrede (76 bzw. 81%), während weite Teile der FDP- und SVP-Anhängerschaft von dieser Notwendigkeit überzeugt waren (79 bzw. 80%).

Das beinahe identische Bewertungsmuster zeigt sich auch beim Argument, wonach jetzt neue Jets gekauft werden müssten, um die Kampfflugzeuge, deren Lebensdauer spätestens 2030 abläuft, rechtzeitig ersetzen zu können: Eine knappe Mehrheit von 55 Prozent der Stimmenden bekräftigte diese Aussage. Und auch diese 55 Prozent setzten sich zu weiten Teilen aus Ja-Stimmenden zusammen: 93 Prozent von ihnen befürchteten ein Ende der eigenständigen Luftverteidigung, sollte eine rechtzeitige Erneuerung der Flotte ausbleiben, während nur gerade 18 Prozent der Nein-Stimmenden eine dringende Notwendigkeit darin erkannte, jetzt zu handeln. Und auch bei der Bewertung dieses Arguments öffnete sich ein tiefer Graben zwischen Links und Rechts. Der gemeinsame Nenner beider Argumente wiederum ist die Notwendigkeit einer (modernen) Luftwaffe: Ja-Stimmende waren bzw. sind davon überzeugt, dass es sie brauche, während eine erhebliche Zahl der Nein-Stimmenden eine moderne Luftverteidigung prinzipiell für unnötig erachtet. Insofern war die Abstimmung über die Kampfjets zum wiederholten Male eine Abstimmung über einen Grundsatzentscheid.

Eine Modernisierung der Luftverteidigung kostet Geld. Die Finanzierung spielte aber beispielsweise eine gewichtige Rolle bei der Ablehnung des Gripen-Fonds-Gesetzes 2014. In diesem Zusammenhang wies die Befürworterschaft im Abstimmungskampf darauf hin, dass für andere Bundesaufgaben gleich viel Geld zur Verfügung stünde wie bisher, weil die neuen Kampfflugzeuge über das ordentliche Armeebudget finanziert werden, was eine faire Lösung darstelle. Dieses Argument tangierte nicht die Frage, ob neue Kampfflugzeuge nötig seien, sondern bloss, ob das vorgeschlagene Finanzierungsmodell fair sei. Aber auch hier öffnete sich ein tiefer Graben zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden: Naturgemäss hielten die meisten Ja-Stimmenden (90%) die vorgeschlagene Finanzierungsvariante für fair, während sich nur etwa ein Viertel der Nein-Stimmenden (26%) damit einverstanden zeigte.

Tabelle 8-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstan-	Nicht einver-	Weiss nicht
		den	standen	
„Um die Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz weiter gewährleisten zu können, braucht es neue Kampfflugzeuge.“	Total	53	46	1
	Ja-Stimmende	93	7	0
	Nein-Stimmende	13	85	1
„Spätestens 2030 können die jetzigen Kampfflugzeuge nicht mehr gebraucht werden. Um sie noch rechtzeitig zu ersetzen, müssen jetzt neue Jets gekauft werden.“	Total	55	40	5
	Ja-Stimmende	93	4	3
	Nein-Stimmende	18	75	7
„Weil die neuen Kampfflugzeuge über das ordentliche Armeebudget finanziert werden, steht für andere Bundesaufgaben gleich viel Geld zur Verfügung wie bisher. Das ist eine faire Lösung.“	Total	58	34	8
	Ja-Stimmende	90	5	5
	Nein-Stimmende	26	63	11
Kontra-Argumente		Einverstan-	Nicht einver-	Weiss nicht
		den	standen	
„Das Geld für neue Kampffjets sollte man besser anderswo investieren: Zum Beispiel im Gesundheitswesen, beim Katastrophenschutz oder bei der Bekämpfung vom Klimawandel.“	Total	57	40	3
	Ja-Stimmende	21	74	5
	Nein-Stimmende	94	5	1
„Es braucht die teuren Kampffjets gar nicht. Für die Sicherung vom Luftraum reichen leichte und günstigere Kampffjets aus.“	Total	49	44	7
	Ja-Stimmende	16	76	8
	Nein-Stimmende	82	12	6
„Weil weder der Flugzeug-Typ noch die Flottengrösse bekannt sind, kaufen wir die Katze im Sack.“	Total	51	41	8
	Ja-Stimmende	27	67	6
	Nein-Stimmende	75	16	9

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 53% aller Stimmenden (sowie 93% aller Ja-Stimmenden bzw. 13% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach es neue Kampfflugzeuge brauche, um die Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz zu gewährleisten, bei. 46% aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 1% antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 1'216, Ja-Stimmende 642, Nein-Stimmende 574.

Auch bei den **Kontra-Argumenten** gingen die Meinungen der Ja- und Nein-Stimmenden weit auseinander. Das Argument, wonach das Geld für neue Kampffjets besser anderswo investiert werden sollte, also beispielsweise im Gesundheitswesen, beim Katastrophenschutz oder bei der Bekämpfung des Klimawandels, fand eine Mehrheit (57%) unter den Stimmenden. Für die Nein-Stimmenden stand obige Aussage im Prinzip ausser Frage (94% Zustimmung), während etwa ein Fünftel der Ja-Stimmenden (21%) ihr beipflichtete. Wieso stimmten letztere der Vorlage gleichwohl zu? Betrachtet man ihre Motivangaben, so fällt auf, dass sie Empfehlungen, aber auch das Finanzierungsmodell (ordentliches Armeebudget) öfter vorbrachten als jene Ja-Stimmenden, die dem obigen Argument widersprachen. Der Umstand, dass das Finanzierungsmodell eines der beliebteren Motive dieser Gruppe von Stimmenden war, erschwert die Beantwortung der zuvor aufgeworfenen Frage nochmals. Vielleicht waren diese Stimmen der Ansicht, dass die für die Beschaffung vorgesehenen 6 Mia. CHF zwar *prinzipiell* besser verwendet werden könnten, aber da dies nicht möglich sei (ordentliches Armeebudget), könne man ein Ja einlegen.

Jener Teil der Gegnerschaft, der nicht prinzipiell für eine Abschaffung der Armee war, brachte oftmals das Argument vor, dass es die teuren Kampffjets gar nicht brauchen würde, weil leichtere und günstigere Kampffjets für die Sicherung des Luftraums ausreichen würden. Wie gehabt gingen die Haltungen zwischen Ja- und Nein-Stimmenden diesbezüglich weit auseinander: Die Ja-Stimmenden widersprachen dem Argument deutlich (76%), während es die Nein-Stimmenden überzeugte. Wie die Motivanalyse bereits zeigte, spielte dieses Argument bei den Nein-Stimmenden aber eine bestenfalls marginale Rolle. Das ist beispielsweise daran erkennbar, dass über 80 Prozent jener, die von sich selbst sagen, sie seien Armeegeegner/innen, diesem Argument zustimmten. Es versteht sich indessen von selbst, dass das zentrale Motiv ihrer Ablehnung nicht die wenig risikoangepasste Luftverteidigung ist («günstigere Flieger reichen für luftpolizeiliche Aufgaben aus»), sondern die Abschaffung der Armee selbst.³² Kurz, im Grundsatz gehen die Nein-Stimmenden mit der obigen Aussagen einig, aber das Argument spielte keine allzu wichtige Rolle bei ihrem Entscheid.

Für Diskussionen sorgte zudem auch, dass das Stimmvolk nur über den Kredit, nicht aber über den Flugzeugtyp entscheiden sollte. Die Gegnerschaft argumentierte deshalb, dass man die Katze im Sack kaufe, weil weder der Flugzeug-Typ noch die Flottengrösse bekannt sind. Davon zeigten sich 75 Prozent der Nein-Stimmenden überzeugt (und weitere neun Prozent hatten keine Meinung hierzu). Bei den Ja-Stimmenden waren es 27 Prozent, die dieser Argumentationslinie folgten. Aber wie die Motivanalyse schon zeigte, gab es nur wenige, die dieses Argument auch spontan als Hauptentscheidungsgrund nannten. Daraus kann geschlossen werden, dass es auch unter den Ja-Stimmenden solche gab, die die Vorgehensweise (keine Abstimmung über den Flugzeugtyp) zwar bemängelten, aber am Ende gleichwohl zugunsten der Vorlage stimmten.

³² Mit anderen Worten: Die Armeegegnerschaft hätte (aller Voraussicht nach) auch dann nicht zugestimmt, wenn anstelle der Kampffjets über just jene günstigeren, leichteren Flieger abgestimmt worden wäre.

Anhang

Die vorliegende Analyse beruht auf der VOTO-Nachbefragung zum eidgenössischen Urnengang vom 27. September 2020, welche im Auftrag der Bundeskanzlei vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA), dem Forschungszentrum FORS in Lausanne und dem Forschungsinstitut LINK durchgeführt wurde. Verantwortlich für die Entwicklung und Übersetzung des Fragebogens waren FORS und das ZDA gemeinsam. Durchgeführt wurde die Befragung zwischen dem 29. September und dem 10. Oktober 2020 von LINK. Für die Datenanalyse und den Bericht war das Zentrum für Demokratie Aarau unter der Mitarbeit von FORS zuständig.

Die Datenerhebung

Der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS) bildete den Auswahlrahmen für die vorliegende Erhebung. Das SRPH baut auf den amtlichen Personenregistern auf, deren Daten im Rahmen des neuen Volkszählungssystems an das BFS geliefert und quartalsweise aufdatiert werden. Dadurch wird eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet. Die Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberechtigten wurde anschliessend in drei sprachregionale Schichten unterteilt, aus denen jeweils voneinander unabhängige Zufallsstichproben gezogen wurden. Die Gesamtstichprobe schliesslich ist disproportional geschichtet. Das heisst, dass die einzelnen Stichprobenschichten nicht proportional zu ihrer Verteilung in der Grundgesamtheit ausgewählt wurden. Die italienische und die französischsprachige Schweiz sind im Gesamtsample überproportional stark vertreten. Dies deshalb, um statistisch verlässliche Aussagen zum Stimmverhalten der beiden erwähnten kleineren Sprachregionen gewährleisten zu können. Für gesamtschweizerische Auswertungen wurde deshalb stets eine entsprechende Designgewichtung verwendet (siehe dazu den Abschnitt zur Gewichtung).

Die Stichprobe umfasst insgesamt 1513 Befragte, wovon 55 Prozent aus der Deutschschweiz (n=826), 26 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=390) und 20 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=297) stammen. Die mittlere Befragungsdauer betrug 31.8 Minuten.

Tabelle 0-1: Ausschöpfung der Adressen

	Anzahl	in %	in % gültiger Tel.nr.
Aktivierte konsolidierte Adressen (abzüglich Verstorbene, ins Ausland verzogene)	5293	100	
Unbekannt, ob zur Stichprobe gehörend (keine Telefonnummer, Nummer ungültig, Person unbekannt oder verzogen, Anrufbeantworter, Postretour, etc.)	1949	37	
Total Adressen mit gültiger Tel.nr.	3344	63	100
Nicht erreicht (non contact)	901	17	27
Kontakt hergestellt	2443	46	73
Verweigerung, Gesundheitsprobleme, nach Kontakt nicht mehr erreicht, etc.	930	18	28
Total Interviews	1513	29	45

Zur Struktur der Stichprobe

Die am Urnengang Teilnehmenden sind in der einzig nach Design gewichteten Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+24.4 Prozentpunkte) bewegt sich aber im gewohnten Rahmen. Die Abweichung zwischen designgewichteter Stichprobe und effektivem Resultat betrug bei der Begrenzungsinitiative -9.4 Prozentpunkte, beim Jagdgesetz -7.0 Prozentpunkte, bei den steuerlichen Kinderabzügen -5.4 Prozentpunkte, beim Vaterschaftsurlaub +5.7 Prozentpunkte und bei der Beschaffung der Kampffjets +4.8 Prozentpunkte.

Zur Gewichtung

In einem ersten Schritt wurde eine Designgewichtung gebildet, um die designbedingte Verzerrung (d.h. die bewusste, disproportionale Schichtung nach Sprachregionen) zu korrigieren. In einem zweiten Schritt wurde sodann eine Non-Response-Gewichtung vorgenommen, um die nicht-zufällige Verteilung der Respondenten und Responentinnen auszugleichen. Dabei wurden die beiden Hauptgründe für Non-Response, Nicht-Erreichbarkeit während der Feldzeit und Verweigerung nach einem Kontakt, unterschieden. Diese Unterscheidung empfiehlt sich, weil die Ursachen für die beiden Hauptgründe von Non-Response häufig entgegengesetzt sind: Nicht Erreichbare sind beruflich und sozial oft aktiv, jünger und stammen aus kleineren Haushalten. Verweigerer zeichnen sich oft durch eine geringere Aktivität aus und partizipieren politisch auch weniger. Eine aggregierte Non-Response-Gewichtung würde diesen Unterschieden nicht gerecht werden. Wir schätzten deshalb mittels einer logistischen Regression zuerst die Wahrscheinlichkeit, kontaktiert zu werden. Basierend auf dieser Schätzung wird das Kontaktgewicht (Propensity-Gewichtung) berechnet. Im zweiten Schritt wird für die Kontaktierten unter Verwendung desselben Verfahrens die Wahrscheinlichkeit geschätzt, zu kooperieren. Bei beiden Modellen werden sozio-demographische Variablen aus dem Register sowie über die Stichprobenmitglieder während der Befragung gesammelte Informationen (wie die Anzahl erfolgloser Kontaktversuche) verwendet. In die Schätzung der Kontaktierbarkeit fliesst neben dem Designgewicht und der Erreichbarkeit die Information ein, ob ein Festnetztelefon vorhanden ist oder nicht. Auch die Wahrscheinlichkeit, ein Festnetztelefon zu besitzen, wird mittels einer logistischen Regression mit Hilfe der sozio-demographischen Variablen aus dem Register berechnet. Die Multiplikation von Kontakt- und Kooperationsgewicht und Normierung ergeben sodann das Non-Response-Gewicht. Im letzten Schritt wird dieses Gewicht für Respondenten und Respondentinnen noch an die tatsächliche Abstimmungsbeteiligung und den tatsächlichen Stimmentscheid angepasst (Kalibrierung).

Zur Inferenz

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. Im vorliegenden Bericht wurde jeweils das 95%-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses Intervall gibt die Bandbreite (doppelter Stichprobenfehler) an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt. Das Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler +/-3.1 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent (Konfidenzintervall) liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich indessen mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-n-Gesetz (d.h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengrösse). Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Tabellen

Tabelle 0-2: Beteiligung am Urnengang vom 27. September 2020 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten (gewichtete Resultate))

Merkmale	Stimmbeteiligung (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	59.5	1513	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	62	753	+/-3.5
Frauen	57	760	+/-3.5
Total	59.5	1513	
Alter			V = 0.24***
18-29 Jahre	45	184	+/-7.2
30-39 Jahre	52	125	+/-8.8
40-49 Jahre	52	204	+/-6.9
50-59 Jahre	59	310	+/-5.5
60-69 Jahre	73	292	+/-5.1
70 Jahre und älter	77	398	+/-4.1
Total	59.5	1513	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.21***
1. Quartil (bis 3500 CHF)	46	349	+/-5.2
2. Quartil (3501-4750 CHF)	55	297	+/-5.7
3. Quartil (4751-6749 CHF)	68	322	+/-5.1
4. Quartil (>6749 CHF)	71	318	+/-5.0
Total	60	1286	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.26***
Ohne nachobligatorische Bildung	34	152	+/-7.5
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	55	621	+/-3.9
Maturität/höhere Berufsbildung	63	335	+/-5.2
Fachhochschule/Uni/ETH	76	402	+/-4.2
Total	59.5	1510	
Erwerbsstatus			V = 0.30***
Selbständig	55	121	+/-8.9
Angestellt	59	648	+/-3.8
Andere Erwerbspersonen	22	72	+/-9.6
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	73	72	+/-10.3
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	78	500	+/-3.6
Hausfrau/Hausmann	39	70	+/-11.4
Andere Nicht-Erwerbspersonen	52	28	+/-18.5
Total	59.5	1511	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.22***
Linksaussen (0-2)	86	125	+/-6.1
Links (3-4)	70	284	+/-5.3
Mitte (5)	51	530	+/-4.3
Rechts (6-7)	65	297	+/-5.4
Rechtsaussen (8-10)	70	155	+/-7.2
Total	63	1391	
Parteisympathie			V = 0.32***
FDP	64	246	+/-6.0
CVP	70	143	+/-7.5
SP	76	222	+/-5.6
SVP	54	193	+/-7.0
GLP	86	108	+/-6.5
Grüne	71	134	+/-7.7
andere Partei	73	67	+/-10.6
keine	40	400	+/-4.8
Total	59.5	1513	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.15**
sehr gering bis gering (0-4)	44	90	+/-10.3
mittel (5)	43	125	+/-8.7
hoch (6-7)	60	392	+/-4.8
sehr hoch (8-10)	64	896	+/-3.1
Total	60	1503	
Politisches Interesse			V = 0.48***
sehr interessiert	85	330	+/-3.9
eher interessiert	73	791	+/-3.1
eher nicht interessiert	31	310	+/-5.1
überhaupt nicht interessiert	17	79	+/-8.3
Total	60	1510	

Tabelle 0-3: Ja-Stimmenanteil zur Begrenzungsinitiative nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	38	1163	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	40	606	+/-3.9
Frauen	36	557	+/-4.0
Total	38	1163	
Alter			V = 0.17**
18-29 Jahre	30	125	+/-8.0
30-39 Jahre	31	87	+/-9.7
40-49 Jahre	26	144	+/-7.2
50-59 Jahre	46	239	+/-6.3
60-69 Jahre	39	240	+/-6.2
70 Jahre und älter	47	328	+/-5.4
Total	38	1163	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.25***
1. Quartil (bis 3500 CHF)	57	232	+/-6.4
2. Quartil (3501-4750 CHF)	35	226	+/-6.2
3. Quartil (4751-6749 CHF)	34	270	+/-5.7
4. Quartil (>6749 CHF)	24	279	+/-5.0
Total	36	1007	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.29***
Ohne nachobligatorische Bildung	52	87	+/-10.5
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	52	453	+/-4.6
Maturität/höhere Berufsbildung	34	272	+/-5.6
Fachhochschule/Uni/ETH	20	348	+/-4.2
Total	38	1160	
Erwerbsstatus			V = 0.15**
Selbständig	52	90	+/-10.3
Angestellt	34	504	+/-4.1
Andere Erwerbspersonen	50	38	+/-15.9
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	23	56	+/-11.0
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	42	414	+/-4.8
Hausfrau/Hausmann	46	41	+/-15.3
Andere Nicht-Erwerbspersonen	56	18	+/-22.9
Total	38	1161	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.47***
Linksaussen (0-2)	6	112	+/-4.4
Links (3-4)	10	241	+/-3.8
Mitte (5)	38	373	+/-4.9
Rechts (6-7)	52	243	+/-6.3
Rechtsaussen (8-10)	77	134	+/-7.1
Total	38	1103	
Parteisympathie			V = 0.54***
FDP	28	197	+/-6.3
CVP	33	118	+/-8.5
SP	14	193	+/-4.9
SVP	87	153	+/-5.3
GLP	11	99	+/-6.2
Grüne	12	107	+/-6.2
andere Partei	40	50	+/-13.6
keine	48	246	+/-6.2
Total	38	1163	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.24***
sehr gering bis gering (0-4)	71	60	+/-11.5
mittel (5)	65	80	+/-10.5
hoch (6-7)	39	297	+/-5.5
sehr hoch (8-10)	32	721	+/-3.4
Total	38	1158	
Politisches Interesse			V = n.s.
sehr interessiert	33	306	+/-5.3
eher interessiert	39	673	+/-3.7
eher nicht interessiert	41	156	+/-7.7
überhaupt nicht interessiert	56	28	+/-18.4
Total	38	1163	

Tabelle 0-4: Ja-Stimmenanteil zum Jagdgesetz nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	48	1184	
Geschlecht			V = 0.10**
Männer	53	606	+/-4.0
Frauen	43	578	+/-4.0
Total	48	1184	
Alter			V = 0.12*
18-29 Jahre	45	129	+/-8.6
30-39 Jahre	49	87	+/-10.5
40-49 Jahre	39	146	+/-7.9
50-59 Jahre	42	238	+/-6.3
60-69 Jahre	51	245	+/-6.3
70 Jahre und älter	57	339	+/-5.3
Total	48	1184	
Äquivalenzeinkommen			V = n.s.
1. Quartil (bis 3500 CHF)	51	244	+/-6.3
2. Quartil (3501-4750 CHF)	45	223	+/-6.5
3. Quartil (4751-6749 CHF)	47	274	+/-5.9
4. Quartil (>6749 CHF)	47	276	+/-5.9
Total	47	1017	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = n.s.
Ohne nachobligatorische Bildung	47	95	+/-10.0
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	52	463	+/-4.6
Maturität/höhere Berufsbildung	47	273	+/-5.9
Fachhochschule/Uni/ETH	44	351	+/-5.2
Total	48	1182	
Erwerbsstatus			V = 0.15**
Selbständig	51	89	+/-10.4
Angestellt	43	507	+/-4.3
Andere Erwerbspersonen	55	40	+/-15.4
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	29	56	+/-11.9
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	56	428	+/-4.7
Hausfrau/Hausmann	62	42	+/-14.7
Andere Nicht-Erwerbspersonen	60	20	+/-21.5
Total	48	1182	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.40***
Linksaussen (0-2)	7	114	+/-4.7
Links (3-4)	27	242	+/-5.6
Mitte (5)	54	384	+/-5.0
Rechts (6-7)	65	246	+/-6.0
Rechtsaussen (8-10)	68	133	+/-7.9
Total	48	1119	
Parteisympathie			V = 0.37***
FDP	66	196	+/-6.6
CVP	64	118	+/-8.7
SP	27	195	+/-6.2
SVP	66	155	+/-7.5
GLP	38	95	+/-9.8
Grüne	10	111	+/-5.6
andere Partei	52	55	+/-13.2
keine	50	259	+/-6.1
Total	48	1184	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = n.s.
sehr gering bis gering (0-4)	57	65	+/-12.0
mittel (5)	42	85	+/-10.5
hoch (6-7)	51	305	+/-5.6
sehr hoch (8-10)	47	723	+/-3.6
Total	48	1178	
Politisches Interesse			V = n.s.
sehr interessiert	49	302	+/-5.6
eher interessiert	48	667	+/-3.8
eher nicht interessiert	43	183	+/-7.2
überhaupt nicht interessiert	63	31	+/-17.0
Total	48	1183	

Tabelle 0-5: Ja-Stimmenanteil zum Steuerabzug für Kinderdrittbetreuungskosten nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	37	1080	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	40	559	+/-4.1
Frauen	34	521	+/-4.1
Total	37	1080	
Alter			V = n.s.
18-29 Jahre	37	108	+/-9.1
30-39 Jahre	43	80	+/-10.8
40-49 Jahre	44	135	+/-8.4
50-59 Jahre	34	220	+/-6.3
60-69 Jahre	29	235	+/-5.8
70 Jahre und älter	38	302	+/-5.5
Total	37	1080	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.12*
1. Quartil (bis 3500 CHF)	37	204	+/-6.6
2. Quartil (3501-4750 CHF)	34	205	+/-6.5
3. Quartil (4751-6749 CHF)	29	263	+/-5.5
4. Quartil (>6749 CHF)	44	266	+/-6.0
Total	37	938	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = n.s.
Ohne nachobligatorische Bildung	49	79	+/-11.0
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	34	415	+/-4.6
Maturität/höhere Berufsbildung	36	252	+/-5.9
Fachhochschule/Uni/ETH	38	332	+/-5.2
Total	37	1078	
Erwerbsstatus			V = n.s.
Selbständig	28	86	+/-9.5
Angestellt	38	469	+/-4.4
Andere Erwerbspersonen	47	34	+/-16.8
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	37	47	+/-13.8
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	35	389	+/-4.7
Hausfrau/Hausmann	44	40	+/-15.4
Andere Nicht-Erwerbspersonen	38	13	+/-26.4
Total	37	1078	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.18***
Linksaussen (0-2)	13	101	+/-6.6
Links (3-4)	35	233	+/-6.1
Mitte (5)	41	336	+/-5.3
Rechts (6-7)	43	240	+/-6.3
Rechtsaussen (8-10)	39	114	+/-9.0
Total	37	1'024	
Parteisympathie			V = 0.16***
FDP	48	186	+/-7.2
CVP	44	105	+/-9.5
SP	27	186	+/-6.4
SVP	33	137	+/-7.9
GLP	39	91	+/-10.0
Grüne	29	103	+/-8.8
andere Partei	51	46	+/-14.4
keine	36	226	+/-6.3
Total	37	1080	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = n.s.
sehr gering bis gering (0-4)	30	55	+/-12.1
mittel (5)	29	78	+/-10.1
hoch (6-7)	37	278	+/-5.7
sehr hoch (8-10)	38	665	+/-3.7
Total	37	1076	
Politisches Interesse			V = n.s.
sehr interessiert	35	292	+/-5.5
eher interessiert	36	627	+/-3.8
eher nicht interessiert	39	141	+/-8.1
überhaupt nicht interessiert	53	20	+/-21.9
Total	37	1080	

Tabelle 0-6: Ja-Stimmenanteil zum Vaterschaftsurlaub nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	60	1213	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	57	605	+/-3.9
Frauen	63	608	+/-3.8
Total	60	1213	
Alter			V = 0.28***
18-29 Jahre	83	132	+/-6.4
30-39 Jahre	75	89	+/-9.0
40-49 Jahre	68	158	+/-7.3
50-59 Jahre	56	247	+/-6.2
60-69 Jahre	59	247	+/-6.1
70 Jahre und älter	41	340	+/-5.2
Total	60	1213	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.11*
1. Quartil (bis 3500 CHF)	53	244	+/-6.3
2. Quartil (3501-4750 CHF)	67	233	+/-6.0
3. Quartil (4751-6749 CHF)	59	280	+/-5.8
4. Quartil (>6749 CHF)	66	280	+/-5.5
Total	60	1037	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.20***
Ohne nachobligatorische Bildung	57	95	+/-10.0
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	50	481	+/-4.5
Maturität/höhere Berufsbildung	62	281	+/-5.7
Fachhochschule/Uni/ETH	73	353	+/-4.6
Total	60	1210	
Erwerbsstatus			V = 0.26***
Selbständig	41	94	+/-9.9
Angestellt	68	524	+/-4.0
Andere Erwerbspersonen	64	41	+/-14.7
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	93	59	+/-6.5
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	47	426	+/-4.7
Hausfrau/Hausmann	56	48	+/-14.0
Andere Nicht-Erwerbspersonen	69	19	+/-20.8
Total	60	1211	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.43***
Linksaussen (0-2)	95	114	+/-4.0
Links (3-4)	86	249	+/-4.3
Mitte (5)	55	399	+/-4.9
Rechts (6-7)	48	251	+/-6.2
Rechtsaussen (8-10)	27	134	+/-7.5
Total	60	1147	
Parteisympathie			V = 0.43***
FDP	49	200	+/-6.9
CVP	57	118	+/-8.9
SP	85	198	+/-5.0
SVP	22	155	+/-6.5
GLP	80	100	+/-7.8
Grüne	88	112	+/-6.0
andere Partei	56	55	+/-13.1
keine	60	275	+/-5.8
Total	60	1213	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.17***
sehr gering bis gering (0-4)	42	66	+/-11.9
mittel (5)	36	86	+/-10.1
hoch (6-7)	66	307	+/-5.3
sehr hoch (8-10)	63	747	+/-3.5
Total	61	1206	
Politisches Interesse			V = n.s.
sehr interessiert	59	302	+/-5.5
eher interessiert	62	691	+/-3.6
eher nicht interessiert	59	188	+/-7.0
überhaupt nicht interessiert	44	32	+/-17.2
Total	60	1213	

Tabelle 0-7: Ja-Stimmenanteil zum Kauf neuer Kampjets nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramér's V/ Standardfehler
Total	50	1216	
Geschlecht			V = 0.10**
Männer	55	619	+/-3.9
Frauen	45	597	+/-4.0
Total	50	1216	
Alter			V = 0.17***
18-29 Jahre	45	132	+/-8.5
30-39 Jahre	34	88	+/-9.9
40-49 Jahre	43	152	+/-7.9
50-59 Jahre	53	248	+/-6.2
60-69 Jahre	54	248	+/-6.2
70 Jahre und älter	61	348	+/-5.1
Total	50	1216	
Äquivalenzeinkommen			V = n.s.
1. Quartil (bis 3500 CHF)	49	252	+/-6.2
2. Quartil (3501-4750 CHF)	44	229	+/-6.4
3. Quartil (4751-6749 CHF)	52	279	+/-5.9
4. Quartil (>6749 CHF)	51	278	+/-5.9
Total	50	1038	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.15***
Ohne nachobligatorische Bildung	57	99	+/-9.8
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	58	482	+/-4.4
Maturität/höhere Berufsbildung	48	278	+/-5.9
Fachhochschule/Uni/ETH	41	354	+/-5.1
Total	50	1213	
Erwerbsstatus			V = 0.15**
Selbständig	51	93	+/-10.2
Angestellt	46	517	+/-4.3
Andere Erwerbspersonen	54	42	+/-15.1
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	33	60	+/-11.9
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	60	437	+/-4.6
Hausfrau/Hausmann	55	46	+/-14.4
Andere Nicht-Erwerbspersonen	47	19	+/-22.4
Total	50	1214	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.47***
Linksaussen (0-2)	11	114	+/-5.7
Links (3-4)	25	244	+/-5.4
Mitte (5)	60	403	+/-4.8
Rechts (6-7)	71	250	+/-5.6
Rechtsaussen (8-10)	78	135	+/-7.0
Total	50	1146	
Parteisympathie			V = 0.46***
FDP	75	202	+/-6.0
CVP	62	123	+/-8.6
SP	21	197	+/-5.7
SVP	78	158	+/-6.5
GLP	40	96	+/-9.8
Grüne	12	110	+/-6.1
andere Partei	66	54	+/-12.6
keine	54	276	+/-5.9
Total	50	1216	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = n.s.
sehr gering bis gering (0-4)	47	66	+/-12.0
mittel (5)	44	88	+/-10.4
hoch (6-7)	46	311	+/-5.5
sehr hoch (8-10)	53	744	+/-3.6
Total	50	1209	
Politisches Interesse			V = n.s.
sehr interessiert	48	305	+/-5.6
eher interessiert	52	689	+/-3.7
eher nicht interessiert	47	185	+/-7.2
überhaupt nicht interessiert	48	36	+/-16.3
Total	50	1215	